©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ECKART CONZE

HEGEMONIE DURCH INTEGRATION?

Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle stellte in den Jahren seiner Amtszeit (1958–1969) die Vereinigten Staaten vor eine der größten Herausforderungen ihrer Europapolitik seit 1945. Hatte die IV. Französische Republik bis 1958 nicht immer ohne Probleme – man denke an die EVG –, aber doch im wesentlichen konstruktiv die amerikanische Europakonzeption und ihre Umsetzung in konkrete Politik mitgetragen, so liefen die Ambitionen de Gaulles bezüglich einer Führungsrolle Frankreichs in Kontinentaleuropa amerikanischen Vorstellungen und Zielen diametral entgegen. Insbesondere in den Jahren der Kennedy-Administration (1961–1963) prallten in der Europapolitik amerikanisches *Grand Design* und französisches *Grand Dessein* aufeinander, Kennedys Vision von der amerikanisch dominierten „Atlantischen Gemeinschaft" und de Gaulles Konzept eines „Europa der Vaterländer" unter Pariser Führung als „dritte Kraft" zwischen Sowjetunion und USA. Mit der Option der Bundesrepublik Deutschland für Frankreich oder die USA mußte sich deren europapolitische Konkurrenz entscheiden; denn ohne die Bonner Unterstützung würde jedwedes Europakonzept zum Scheitern verurteilt sein.

Vor dem Hintergrund des amerikanisch-französischen Ringens um die Hegemonie über Westeuropa versucht die folgende Darstellung einige langfristige Konstanten amerikanischer Europapolitik herauszuarbeiten. Sie wird den Blick dabei insbesondere auf die Frage der europäischen Einigung und der deutsch-französischen Beziehungen richten. Sie wird dabei auch fragen, inwiefern bereits die US-Europapolitik der zwanziger Jahre hegemoniale Züge trug, womit deutliche Anknüpfungspunkte gegeben wären für eine Untersuchung der Marshall-Plan-Phase der amerikanischen Politik. Michael Hogan, Charles Maier und Melvyn Leffler haben mit der Korporatismus-These ein Interpretationsmuster angeboten, das die Kontinuität amerikanischer Europapolitik seit dem Ersten Weltkrieg deutlich hervortreten läßt[1]. Prämissen und Grundanliegen der US-Europakonzeption traten nach Marshall-Plan und

[1] Korporatismus oder „korporativen Neokapitalismus" definiert Michael Hogan als: „(...) an American political economy founded on self-governing economic groups, integrated by institutional coordinators and normal market mechanisms, led by cooperating public and private elites, nourished by limited but positive government power, and geared to an economic growth in

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NATO-Gründung erneut seit 1958/59 klarer zutage, als General de Gaulle den USA immer massiver die französischen Interessen entgegensetzte und damit den amerikanischen Dominanzanspruch gegenüber Westeuropa in Frage stellte. In diesem Kontext wird der Wandel der US-Europapolitik angesichts der französischen Herausforderung zu untersuchen sein[2].

I.

Bis an die Schwelle der achtziger Jahre wurde die amerikanische Europapolitik der Zwischenkriegszeit von zahlreichen Autoren mit dem Signum des Isolationismus versehen[3]. Dieser Befund beruht in vielen Fällen auf einer einseitigen oder gar ausschließlichen Konzentration auf den politisch-diplomatischen Prozeß wie beispielsweise die amerikanische Haltung gegenüber dem Völkerbund. Doch schon seit den fünfziger Jahren sind, beginnend mit dem bahnbrechenden Aufsatz von William Appleman Williams „The Legend of American Isolationism"[4], immer wieder gewichtige Argumente gegen die Isolationismusthese vorgetragen worden. Diese kontrastierten die politisch-diplomatische Absenz der USA in Europa mit dem Nachweis massiver wirtschafts- und finanzpolitischer Präsenz. Vielfach konnte dabei gezeigt werden, wie sehr amerikanische Wirtschaftsdiplomatie im Dienste allgemein europapolitischer Ziele stand, daß also auch schon die US-Außenpolitik der zwanziger Jahre, ins-

---

which all could share. (...) This trend fundamentally altered the shape of American diplomacy, which for all practical purposes sought to restructure the world economy along lines similar to the corporative order that was emerging in the United States." Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the reconstruction of Western Europe, 1947–1952, Cambridge 1987, S. 3. Vgl. auch ders., Revival and Reform: America's Twentieth-Century Search for a New Economic Order Abroad, in: Diplomatic History 8 (1984), S. 287–310; Charles S. Maier, The Two Postwar Eras and the Conditions for Stability in Twentieth-Century Western Europe, in: American Historical Review 86 (1981), S. 327–352; Melvyn P. Leffler, Political Isolationism, Economic Expansionism, or Diplomatic Realism: American Policy Toward Western Europe 1921–1933, in: Perspectives in American History 8 (1974), S. 413–461; Thomas J. McCormick, Drift or Mastery? A Corporatist Synthesis for American Diplomatic History, in: Reviews in American History 10 (1982), S. 318–330. Natürlich ist die Korporatismusthese nicht unwidersprochen geblieben. Eine prononcierte Kritik hat vorgetragen John L. Gaddis, The Corporatist Synthesis: A Skeptical View, in: Diplomatic History 10 (1986), S. 357–362; vgl. dazu jedoch die Replik Michael J. Hogans, Corporatism. A Positive Appraisal, in: Ebenda, S. 363–372.

[2] Eine ausführliche Untersuchung der amerikanischen Politik gegenüber den deutsch-französischen Beziehungen in den fünfziger und sechziger Jahren hat der Autor unter dem Titel „Die gaullistische Herausforderung", München 1995, vorgelegt.

[3] Siehe hierzu Gerald K. Haines/J. Samuel Walker (Hrsg.), American Foreign Relations: A Historiographical Review, Westport 1981; John Braeman, Power and Diplomacy: The 1920's Reappraised, in: Review of Politics 44 (1982), S. 342–369; ders., American Foreign Policy in the Age of Normalcy: Three Historiographical Traditions, in: Amerikastudien 26 (1981), S. 125–158.

[4] William A. Williams, The Legend of Isolationism in the 1920's, in: Science and Society 18 (1954), S. 1–20.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besondere während der republikanischen „*Ascendancy*", internationalistische Züge trug. Vor diesem Hintergrund verliert die schroffe Gegenüberstellung von amerikanischem Isolationismus nach dem Ersten und amerikanischem Internationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg an Plausibilität, das Argument von der Diskontinuität der US-Außenpolitik in den beiden Nachkriegsepochen an Überzeugungskraft.

Ein Blick auf die Europapolitik der USA nach 1919 ist hilfreich. Der Internationalismus Woodrow Wilsons war Folge des wirtschaftlichen Aufstiegs der USA seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Zwar waren die USA am Ende des „Großen Krieges" bereits die größte Gläubigernation der Erde und führend in der Industrieproduktion, doch verlangte die Fortsetzung dieser Entwicklung vor allem eine erhebliche Ausweitung des Handels und die Schaffung von Märkten in Übersee. „*Open-Door*"-Politik und Freihandel wurden vor diesem Hintergrund zu zentralen Zielen der USA, und Wilsons 14 Punkte spiegeln dies exakt wider. Seit 1900 und verstärkt seit dem Ersten Weltkrieg strebte Washington danach, eine stabile weltwirtschaftliche Ordnung zu errichten, in der die US-Industrieproduktion weiter wachsen, der Außenhandel blühen konnte[5]. Wenn die USA darum daran interessiert waren, Europa nach dem Krieg möglichst rasch zu stabilisieren, so resultierte dies primär aus der Überzeugung, daß in einem Zustand von Weltfrieden und internationaler wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität die globale Nachfrage steigen würde und mit ihr die amerikanischen Exporte[6]. Diese Argumente verhalfen ökonomischen und finanziellen Faktoren zu einer bis dahin ungekannten Bedeutung in der amerikanischen Außenpolitik, was auch die Umwandlung des Washingtoner Handelsministeriums von einer Behörde zur Koordinierung des Handels zwischen den US-Bundesstaaten zu einem Außenhandels- oder Außenwirtschaftsministerium belegt[7]. Amerikanische Politiker fanden schnell Begründungen für den Primat der Ökonomie. Senator William Borah, ein Gegner der amerikanischen Teilnahme an den Pariser Friedenskonferenzen und am Völkerbund, plädierte: „Neither leagues, nor pacts, nor international courts can maintain peace when economic justice is absent."[8] Doch so viele Begründungen auch gefunden wurden für die starke Betonung der Wirtschaft – u. a. auch deren wissenschaftliche Berechenbarkeit und Steuerbarkeit –, Kern der Ökonomisierung der US-Außenpolitik blieb das nationale Eigeninteresse. In bezug auf Europa wurde dies besonders deutlich: „Unless something is done to stabilize economic conditions in Europe this country is going to suffer", formulierte Senator McNary 1922[9].

Obwohl die USA mit zum Teil nicht unerheblichem wirtschaftlichem und finanziellem Druck auf die Reintegration Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft hinwirkten – beispielsweise in den Dawes- und den Young-Plan-Verhandlun-

[5] Vgl. Leffler, Political Isolationism, S. 414.
[6] Vgl. ebenda, S. 420.
[7] Vgl. Williams, Legend, S. 15.
[8] Zit. nach Leffler, Political Isolationism, S. 418.
[9] Commercial and Financial Chronicle 115 (30. 12. 1922), S. 2847; zit. nach ebenda, S. 422.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen zur Regelung der Reparationsfrage –, blieb es unter den republikanischen Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover ein Imperativ der US-Außenpolitik, die Stabilisierung Europas mit entsprechender ökonomischer *leverage* zwar zu initiieren oder zu forcieren, den eigentlichen politischen Ausgleich zwischen den europäischen Mächten jedoch diesen selbst zu überlassen. Zwar verfügte Washington zweifellos über die Machtmittel, um eine europäische Ordnung unter Einschluß Deutschlands vor allem durch Druck auf Frankreich zu erzwingen. Doch eine den Europäern von außen aufoktroyierte Ordnung mußte, so die amerikanische Einschätzung, von Anfang an instabil bleiben; sie hätte die Gegensätze zwischen den verfeindeten europäischen Mächten allenfalls übertünchen, nicht aber dauerhaft beseitigen können. Überlegungen dieser Art hielten Washington davon ab, auf dem alten Kontinent politisch, vor allem sicherheitspolitisch aktiv zu werden. Sie bewogen die Amerikaner vielmehr dazu, es den Europäern selbst zu überlassen, ihre Differenzen zu überwinden. Der Ausgleich vitaler Interessen der europäischen Mächte konnte in den zwanziger Jahren nicht von außen erfolgen; dazu war Europa insgesamt noch zu stark, die Tradition des autonomen Nationalstaats noch zu dominierend und die Mächte subjektiv noch zu überzeugt von ihrem Großmachtstatus. Erst 1945 ging mit der Niederlage Deutschlands und der fast letalen Schwächung Großbritanniens und Frankreichs auch das Ende des alten Europa einher. Es war – jenseits der kommunistischen Bedrohung – diese Situation, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den USA eine wesentlich aktivere und noch stärker an eigenen Interessen orientierte Europapolitik abnötigte und ermöglichte. Dennoch bleibt festzuhalten – und darauf wird noch einzugehen sein –, daß auch die amerikanische Europapolitik nach 1945, trotz der Andersartigkeit ihrer Rahmenbedingungen und ihres Instrumentariums, die Ziele der zwanziger Jahre, nämlich Freihandel, Absatzmärkte und damit Wirtschaftswachstum und Wohlstand in den Vereinigten Staaten, kontinuierlich weiterverfolgte. Anders als 20 Jahre zuvor wurde nun freilich der Staat selbst Hauptträger dieser korporatistisch geprägten Außenpolitik, während er nach dem Ersten Weltkrieg der Privatwirtschaft und halbstaatlichen Institutionen das Handeln überlassen hatte. Gerade weil in der Zwischenkriegszeit der amerikanische Staat als europapolitischer Akteur weitgehend fehlte und das amerikanische Engagement auf die Stabilisierung Europas auf ökonomischem Wege zielte, sollte die US-Außenpolitik dieser Jahre eher als semi-internationalistisch gekennzeichnet werden[10]. Aber semi-internationalistisch heißt eben auch semi-isolationistisch, und insofern wären Urteile, die mit den undifferenzierten Etiketten „Internationalismus" oder „Isolationismus" arbeiten, doch zu relativieren.

Dieser Befund widerspricht nicht der Behauptung Melvyn Lefflers, wonach die Vereinigten Staaten zwischen 1919 und 1933 ständig in die Bemühungen involviert gewesen seien, Europa wiederaufzubauen und zu stabilisieren: „Economic imperatives, humanitarian instincts, and ideological impulses compelled American officials

[10] Vgl. Thomas J. McCormick, America's Half-Century. United States Foreign Policy in the Cold War, Baltimore 1989, S. 25.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

to take an active interest in European affairs."[11] Doch da in Europa nach Einschätzung der US-Regierung vitale amerikanische Interessen, vor allem Sicherheitsinteressen, nicht auf dem Spiel standen, kam es damals auch nicht zu einem sicherheitspolitischen Engagement oder konkreten militärisch-strategischen Verpflichtungen wie beispielsweise der von Paris jahrelang angestrebten amerikanischen Sicherheitsgarantie für Frankreich. Washington war sich im klaren darüber, daß es mit einer solchen Garantie in Anbetracht der französischen Politik gegenüber dem Deutschen Reich nur den europäischen Status quo zementiert hätte. Diesen aber hielt man jenseits des Atlantik für extrem instabil und amerikanischen Interessen abträglich[12].

Eine stabile europäische Ordnung konnte sich nach Washingtoner Urteil nur entwickeln auf der Basis der Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes, welchen die USA als die Hauptursache der europäischen Spannungen ansahen. Dem amerikanischen Verständnis von einem dauerhaften deutsch-französischen Interessenausgleich widersprach freilich von Anfang an der Versailler Vertrag, und die amerikanischen Gegner des Vertragswerks wurden nicht müde, auf seine destabilisierende und neue Spannungs- und Konfliktpotentiale schaffende Wirkung zu verweisen[13]. Die amerikanische Politik des *„peaceful change"* trug deutlich revisionistische Züge und schuf deswegen für etwa ein Jahrzehnt eine nicht zu unterschätzende deutsch-amerikanische Interessenüberschneidung. Deutschland hatte den Krieg verloren, war nahezu entmilitarisiert und ökonomisch massiv geschwächt worden. Nun den am Boden liegenden Staat durch extensive Gebietsabtretungen und hohen Reparationsdruck weiter zu demütigen, erschien den USA kontraproduktiv, weil es insbesondere dem amerikanischen Interesse an rascher wirtschaftlicher Stabilisierung und Wiederbelebung des europäischen Kontinents widersprach. In der Reparationsfrage mußte sich das deutsch-französische Verhältnis regulieren, und wenn die USA in den zwanziger Jahren irgendwo massiv in das europäische Geschehen eingriffen, dann geschah das, um befriedigende und haltbare Übereinkommen in diesem zentralen Bereich zu erzielen[14]. Jede Analyse griffe zu kurz, wollte sie in der US-Reparationspolitik allein den Ausfluß der Interessen der amerikanischen Gläubigerbanken sehen. Mit der Reparationsfrage untrennbar verbunden war das deutsch-französische Verhältnis, und dessen konstruktive Stabilisierung wiederum war ein *Ceterum censeo* der US-Europapolitik. Wenn Washington auch jenseits der Reparati-

[11] Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933, Chapel Hill 1979, S. 362.

[12] Vgl. ders., Political Isolationism, S. 437 f.

[13] Vgl. hierzu beispielsweise Frank Costigliola, Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933, Ithaca, N.Y., 1984, v.a. S. 25–110.

[14] Vgl. hierzu die über 20 Jahre alte, doch noch immer zentrale Arbeit von Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970, die nicht nur prägnant Konzeptionen und Ziele amerikanischer Europa- und Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit herausarbeitet, sondern auch stringent die ökonomischen Grundlegungen einer Außenpolitik entwickelt und damit die Bahnen klassischer Diplomatiegeschichte innovativ und mit großer Überzeugungskraft verläßt.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

onsfrage nicht direkt und konkret zur Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes beitrug und auch nicht sein politisches Gewicht einseitig für Paris oder Berlin in die Waagschale warf, förderte es doch den Abschluß regionaler Sicherheitspakte, um so beispielsweise den französischen Sicherheitsbedürfnissen entgegenzukommen. In diesem Kontext ist die Rolle der amerikanischen Außenpolitik im Umfeld von Locarno keineswegs gering zu veranschlagen. Auch wenn 1925 Washington offenbar Frankreich stützte, war der Sicherheitspakt weit entfernt von einer amerikanischen Garantie der französischen Sicherheit, die die USA angesichts der Unberechenbarkeit der französischen Europa- und Deutschlandpolitik nicht geben wollten[15]. Demgegenüber hatte die Weimarer Republik jenseits des Atlantiks mächtige Advokaten, die wieder und wieder mit der zentralen Rolle Deutschlands für die europäische und die Weltwirtschaft argumentierten: „Through the highly industrial developments of Europe prior to the war, Germany had become the axis, and the rehabilitation of Europe and its continued prosperity is most dependent upon that of Germany. Unless Germany is at work and prosperous, France can not be so, and the prosperity of the entire world depends upon the capacity of industrial Europe to produce and purchase."[16] Bis in die Weltwirtschaftskrise hinein blieben amerikanische Politiker in Regierung und Kongreß beeinflußt von der Existenz eines offensichtlich demokratischen, friedliebenden und verständigungsbereiten Deutschland auf der einen Seite und eines extrem nationalistischen, manchmal fast kriegstreiberischen Frankreich auf der anderen. Washington verstand es, den Prozeß der europäischen Stabilisierung behutsam und indirekt voranzutreiben, was insbesondere an der Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Ära Stresemann deutlich wurde. Dennoch bewirkten der Primat der Ökonomie und die korporatistisch geprägte Außenpolitik, daß in Washington der Wiederaufbau Deutschlands und dessen Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft vor dem Führungsanspruch und den extremen Sicherheitsinteressen Frankreichs Priorität besaßen[17].

Die Weltwirtschaftskrise allerdings versetzte der amerikanischen Politik einen Schlag. Der Zusammenbruch der New Yorker Börse und die Bankenkrise von 1931 bewirkten die Auflösung des Konsenses zwischen Wirtschaft und Staat, welcher die US-Europapolitik der zwanziger Jahre determiniert hatte. Als 1931 das Bankhaus Morgan Deutschland zusätzliche Kredite verweigerte, wurde es von Außenminister Hughes beschuldigt, auf diese Art und Weise Frankreich zu stärken und damit die amerikanische Politik zu untergraben[18]. In der noch immer von der Großen Depression gekennzeichneten Situation des Jahres 1933 sah der demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt keine Möglichkeit, an der internationalistischen Orientierung der US-Wirtschaft und damit am europäischen Wiederaufbau mit amerikanischer

[15] Vgl. Leffler, Political Isolationism, S. 426.

[16] So Norman Davis, Undersecretary of State der Wilson-Administration, in einem Schreiben an Außenminister Hughes vom 12. 3. 1921, zit. nach Link, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 56.

[17] Vgl. Hogan, Revival and Reform, S. 293.

[18] Williams, Legend, S. 18.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterstützung festzuhalten. Statt auf die Wiedererrichtung des schwer geschädigten weltwirtschaftlichen Systems konzentrierte die erste Administration Roosevelt ihre Kräfte auf die Genesung der amerikanischen Wirtschaft[19]. Die amerikanischen Anstrengungen zur Stabilisierung Europas mit ökonomischen und finanziellen Mitteln kamen damit tragischerweise in dem Moment zum Erliegen, als eine Entwicklung in Europa einsetzte, an deren Ende vitale amerikanische Interessen und die nationale Sicherheit bedroht sein sollten wie nie zuvor. Erst als Roosevelt im Oktober 1933 der innenpolitischen Reform und der Genesung der US-Wirtschaft Vorrang vor außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Erfordernissen einräumte, also erst mit dem *New Deal,* begann eine kurze Phase von amerikanischem Isolationismus, der diese Bezeichnung auch verdient. Von langer Dauer sollte sie nicht sein: Hitler-Deutschland und Japan zwangen die USA zurück in die Weltpolitik und damit zu einer erneuten Definition ihrer welt- und europapolitischen Ziele.

II.

Die Forschung betrachtet mit gutem Recht und nahezu einhellig die USA als Hegemonialmacht der westlichen Welt seit 1945[20]. Wenn sie aber gleichzeitig, wie gezeigt, die These vom amerikanischen Isolationismus der zwanziger und frühen dreißiger Jahre verwirft oder zumindest relativiert, erhebt sich die Frage, ob man nicht auch schon für die Zwischenkriegszeit, insbesondere die Jahre zwischen 1919 und 1933, von amerikanischer Hegemonie oder zumindest hegemonialen Ambitionen sprechen kann[21].

Ökonomistische Hegemonietheorien haben mit einem solchen Befund keine Schwierigkeiten. Sie operieren mit der wirtschaftlichen Position der USA als der seit dem Ersten Weltkrieg führenden Gläubigernation der Welt wie der des dominierenden Industrie- und Handelsstaats. Waren die Vereinigten Staaten deswegen aber schon, fragt Knud Krakau mit Recht, Hegemon über Europa[22]? Waren die

[19] Siehe hierzu McCormick, America's Half-Century, S. 28–30; vgl. auch Leffler, Political Isolationism, S. 457.

[20] Diese Übereinstimmung findet ihren Niederschlag auch in zahlreichen Publikationen, die sich mit der Zukunft der amerikanischen Hegemonie beschäftigen. Die Spitze des Eisbergs bilden gewissermaßen David P. Calleo, Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance, New York 1987; Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987; Joseph S. Nye, Bound to Lead. The Changing Nature of American Power, New York 1990.

[21] Hegemonie kann in unserem Zusammenhang, Triepel folgend, zunächst definiert werden als „Führungsverhältnis zwischen einem Staat und einem oder mehreren anderen Staaten". Diese Führung ist, so Triepel, anzusetzen „in der Mitte zwischen bloßem Einflusse und Herrschaft (. . .) mit Neigung zuweilen nach oben, zuweilen nach unten". Vgl. Heinrich Triepel, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart 1943, S. 125 und 140.

[22] Knud Krakau, Die Entwicklung der politischen Hegemonie der USA über Europa seit dem Ersten Weltkrieg, Berlin 1992 (John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Working Paper 46/1992), S. 4.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

14 Punkte Wilsons mit dem Ziel eines wirtschaftlich und politisch offenen, liberalen Weltsystems Ausdruck amerikanischen Hegemonialstrebens? Die amerikanische Europapolitik der zwanziger und frühen dreißiger Jahre verfolgte im Kern wirtschaftliche Interessen, und sie bediente sich dazu ökonomischer Mittel. Doch dies ist zunächst Interessen- und noch keine Hegemonialpolitik. Wirtschaftsmacht muß übersetzt werden in politische und auch militärische Macht und damit den Hegemon auch mit einem Potential zur Durchsetzung seiner Hegemonie sowie einer breiten Palette von Sanktionsmöglichkeiten ausstatten. Im umfassenden Sinne erstrebten die USA in der Zwischenkriegszeit keine Hegemonie gegenüber Europa. Zwar bemühte sich eine von privatwirtschaftlichen Interessen stark beeinflußte Außenpolitik um ein liberales transatlantisches Handelssystem sowie um Stabilisierung Europas und Reintegration Deutschlands; die USA wandten Europa nicht den Rücken zu. Doch in den zentralen politischen Fragen hielten sie Distanz und übten weder politischen, geschweige denn militärischen Druck aus, um europäische Probleme im amerikanischen Sinne zu lösen. Zu keinem Zeitpunkt verfügten die USA in der in Frage kommenden Periode über Streitkräfte, die in Europa als Drohpotential oder Druckmittel hätten eingesetzt werden können. Militärisch blieben die USA während der zwanziger und dreißiger Jahre strikt auf die westliche Hemisphäre fixiert[23]. Jenseits – und selbst dies nur mit Einschränkungen – der Abwehr eines weiteren revolutionären Vordringens des sowjetischen Bolschewismus gab es zwischen den USA und den Staaten Europas kaum gemeinsame politische Ziele. Hegemonie aber setzt immer eine zumindest partielle Interessenidentität zwischen allen Akteuren eines hegemonialen Systems voraus; neben den Gründen für die Ausübung bestehen auch Gründe für die Akzeptanz hegemonialer Herrschaft. Ein solcher hegemoniestiftender Konsens ist für die Zwischenkriegszeit nicht nachweisbar. Vor allem der schier unüberwindbare deutsch-französische Gegensatz und, wie oben angedeutet, das Denken in der Kategorie „autonomer Nationalstaat" in allen europäischen Kanzleien, d.h. das völlige Fehlen von Vertragsrechtsideen zur Begründung „europäischer" Zusammenhänge, standen einem solchen Konsens im Wege und waren zudem von zentraler Bedeutung für die weitestgehende Abwesenheit der USA von der politischen Bühne Europas. Washington versuchte nicht, politische Regelungen in Europa herbeizuführen – sei es durch Mediation, sei es durch die Parteinahme bei der Austragung von Konflikten –, um eine amerikanische politische Vorherrschaft zu etablieren. Das US-Interesse an europäischer Stabilität gründete in der ökonomischen Sphäre und zielte auf Wachstum von Wirtschaft und Handel. Diese wirtschaftlichen Interessen wurden deutlich vorgetragen und verfolgt; sie konstituierten jedoch noch keine Hegemonie. Bester Beleg hierfür ist die Abwendung der amerikanischen Wirtschaft von Europa im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und verstärkt seit 1933. Hätten die USA umfassende hegemoniale Interessen verfolgt, hätten sie sich gerade dann in Europa stärker und weitergehend engagieren müssen. Das Gegenteil war der Fall: Der temporäre Rückzug auf die „Festung Amerika" demonstrierte den Primat ökonomi-

[23] Vgl. ebenda, S. 9.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Interessen, die Abwesenheit eines politischen Willens und Anspruchs auf Hegemonie[24].

Die wirtschaftliche Macht der USA barg jedoch zweifelsohne das Potential zur Ausübung hegemonialer Herrschaft, und ein grundstürzender Wandel der Situation in Europa würde – verbunden mit der Entwicklung hegemonialen Willens – dieses Potential aktivieren können. Der Zweite Weltkrieg hatte katalytische Funktion für die Entstehung amerikanischer Hegemonie. Er sorgte für den Machtwillen der Eliten und die Akzeptanz solchen Strebens in der Bevölkerung[25]. „World War II (...) was the means by which the United States asserted and assumed hegemony in the world system. Became the system's workshop and banker; its umpire and cop; its preacher and its teacher."[26] Schon beim Übergang des Präsidentenamts von Roosevelt an Harry Truman waren die Grundzüge der neuen Weltordnung, auf die die USA seit 1940 hingearbeitet hatten, deutlich sichtbar. Der Schriftsteller Gore Vidal schreibt in seinem Roman „Washington, D.C.": „The elegant, ravaged old President (...) continued to pursue, even as he was dying, the high business of reassembling the fragments of broken empires into a new pattern with himself at center, proud creator of the new imperium. Now, though he was gone, the work remained. The United States was master of the earth. No England, no France, no Germany, no Japan (...) left to dispute the Republic's will. Only the mysterious Soviet would survive to act as other balance in the scale of power."[27]

III.

Noch bevor der Zweite Weltkrieg beendet war, entwarfen die USA ihr Konzept einer neuen Weltordnung, der „einen Welt" unter amerikanischer Führung. Nun galt es, die Fehler und politischen Defizite zu vermeiden, die, so glaubte man in Washington, nach dem Ersten Weltkrieg zunächst zur Weltwirtschaftskrise, zur Renationalisierung der Wirtschaft im Zeichen von Autarkiebestrebungen und im Ergebnis schließlich, zusammen mit Hitler-Deutschlands Weltmachtstreben, zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geführt hatten. Ungleich stärker als in den zwanziger und dreißiger Jahren beteiligte sich jetzt der amerikanische Staat selbst an der (Wieder-) Errichtung eines freien Welthandelssystems und beschränkte sich nicht mehr auf die mittelbare Förderung privatkapitalistischer Wirtschaftsinteressen. Dieses amerikanische Engagement fand seinen Ausdruck in der Gründung der Institutionen von Bret-

[24] Vgl. hierzu bereits die kritischen zeitgenössischen Überlegungen von Reinhold Niebuhr, Awkward Imperialists, in: Atlantic Monthly (Mai 1930), S. 670–675.

[25] Vgl. McCormick, America's Half-Century, S. 33.

[26] Thomas J. McCormick, „Every System Needs a Center Sometimes." An Essay on Hegemony and Modern American Foreign Policy, in: Lloyd C. Gardner (Hrsg.), Redefining the Past. Essays in Diplomatic History in Honor of William Appleman Williams, Corvallis 1986, S. 195–220, hier S. 204.

[27] Gore Vidal, Washington, D.C., Boston 1967, S. 242 f.; zit. nach McCormick, Every System, S. 205.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ton Woods (1944) und des GATT (1947). Weltbank, Weltwährungsfonds und andere Organisationen, überwölbt von den Vereinten Nationen, sollten zum einen eine liberale, offene und nicht diskriminierende Weltwirtschaftsordnung im allgemeinen garantieren, zum anderen jedoch die führende Rolle der USA darin festschreiben. Denn unbestritten waren die Vereinigten Staaten als einzige Macht wirtschaftlich nicht nur nicht geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen, sondern gestärkt, und anders als nach 1918 waren die USA nun entschlossen, ihre Stärke zur Durchsetzung amerikanischer Interessen einzusetzen und insbesondere einen Rückfall Europas in die Krisen und Probleme der Zwischenkriegszeit zu verhindern.

Dem amerikanischen Führungs-, ja Hegemonialwillen korrespondierte jetzt auch eine weitgehende Bereitschaft der europäischen Staaten, die amerikanische Vorherrschaft zu akzeptieren. Die Schwäche des alten Kontinents, insgesamt und in seinen Einzelstaaten, bei Siegern und Besiegten gleichermaßen, bedeutete die politische Chance zur Errichtung der Hegemonie der USA. Denn nicht nur die Washingtoner Führung hatte ihre Lehren aus der Zwischenkriegszeit gezogen, auch in den europäischen Hauptstädten, zumal in London und Paris, erkannte man, daß ein Rückfall in das Denken in Kategorien des autonomen Nationalstaats und in traditionelle Nationalismen – politisch wie wirtschaftlich – in keiner Weise zum Wiederaufbau Europas beitragen würde. Jenseits dieser Überlegungen freilich steigerten zwei konkrete machtpolitische Faktoren die Bereitschaft der westeuropäischen Staaten zur Anlehnung an bzw. Unterordnung unter die USA: erstens die Politik der Sowjetunion, insbesondere in Osteuropa; zweitens, noch in der Stunde der Niederlage Deutschlands, die Furcht vor einem Wiederaufleben der deutschen Gefahr.

In der Bewertung der sowjetischen Politik trafen sich amerikanische und europäische Einschätzungen. War die *One-World*-Konzeption Roosevelts, trotz skeptischer Stimmen und ernüchternder Indizien, noch von einer Fortdauer der *strange alliance* ausgegangen, so machten die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa seit 1944 deutlich, daß die Sowjetunion eine Integration in das amerikanisch dominierte Weltsystem verweigerte und statt dessen versuchte, ihre Macht und damit ihre Sicherheit durch die Errichtung eines Satellitenorbits jenseits ihrer ohnehin schon nach Westen verschobenen Westgrenze zu konsolidieren. Der fundamentale ideologische Gegensatz zwischen Sowjetunion und USA erfuhr damit konkrete Ausformungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsordnung sowie in der faktischen machtpolitischen Konkurrenz der beiden Staaten vor allem in Europa und zentral in Deutschland. Die amerikanisch-westeuropäische Interessenkongruenz bezogen auf den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und die Begegnung mit der sowjetischen Herausforderung führte in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre zur Etablierung der amerikanischen Hegemonie über Westeuropa. Die westeuropäischen Staaten akzeptierten diese aufgrund einer einfachen Kosten-Nutzen-Analyse. Im Austausch gegen Autonomiebeschränkungen würden sie größere Sicherheit und materiellen Wohlstand gewinnen[28]. Es wurde zum Spezifikum der amerikanischen Hegemonie über Westeuro-

[28] Vgl. McCormick, America's Half-Century, S. 48.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pa nach 1945, daß die US-Dominanz exakt den Interessen der westeuropäischen Staaten entsprach. Geir Lundestad hat in diesem Zusammenhang von „Empire by invitation" gesprochen, Charles Maier von „consensual hegemony", und selbst in den Memoiren de Gaulles findet sich der Begriff der „schützenden Hegemonie"[29].

Kann man hinsichtlich der Bewertung der sowjetischen Politik von einem amerikanisch-europäischen Gleichklang sprechen, so existierten bezüglich des Faktors Deutschland zum Teil erhebliche Einschätzungsunterschiede zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten, allen voran Frankreich. Für die USA war, wie in den zwanziger Jahren, die Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkergemeinschaft und noch mehr in die internationale Wirtschaftsordnung Voraussetzung für eine ökonomische und politische Stabilisierung Europas. Doch es ging nicht mehr um Stabilisierung Europas allein, sondern um dessen Integration. Denn in amerikanischen Augen konnte nur ein einiges Europa den materiellen Wohlstand erzeugen, der notwendig war, um die freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnungen der Einzelstaaten zu garantieren, konnte nur ein einiges Europa zusammen mit den USA die Sowjetunion eindämmen. Das dreifache Interesse an europäischer Einigung, primär wirtschaftlich, später auch, doch das war von Anfang an mitgedacht, militärisch und politisch, ging in Washington einher mit der Überzeugung von der Notwendigkeit einer deutschen oder zumindest westdeutschen Beteiligung an dem europäischen Integrationsprozeß. Ohne Deutschland würde die europäische Einigung in amerikanischen Augen Fragment bleiben und keine ihrer langfristigen Funktionen innerhalb des amerikanischen Hegemonialsystems erfüllen können. Doch wie waren die sich in diesem zentralen Punkt widersprechenden amerikanischen und westeuropäischen Interessen und Zielvorstellungen miteinander zu verbinden? Wie ganz konkret – und genau wie in der Zwischenkriegszeit – konnte man westeuropäische Ängste vor einem Wiedererstarken Deutschlands mit dem amerikanischen Streben nach Stabilisierung Westeuropas unter Einschluß Deutschlands miteinander vereinbaren? Die Schwäche Europas, die Probleme seines Wiederaufbaus, die sich 1946/47 mit der sog. Dollarlücke dramatisch zuspitzten, gaben der Hegemonialmacht USA die Möglichkeit, den europäisch-amerikanischen Interessenkonflikt in bezug auf Deutschland zu ihren Gunsten zu entscheiden und darüber hinaus gleichzeitig die amerikanische Europapolitik weiter im Sinne der langfristigen Ziele Washingtons voranzutreiben. Aus dem Dilemma zwischen französisch-westeuropäischen Sicherheitsbedürfnissen gegenüber Deutschland und dem Interesse der USA an Stabilisierung und Stärkung Europas durch Reintegration Deutschlands entstand eines der revolutionärsten[30], innovativsten und gleichzeitig wirkungsvollsten Instru-

[29] Geir Lundestad, Empire by Invitation? The United States and Western Europe, 1945–1952, in: SHAFR Newsletter 15 (1984), S. 1–21; Charles S. Maier, The Politics of Productivity: Foundations of American International Economic Policy after World War II, in: International Organization 31 (1977), S. 607–633, v. a. S. 630; Charles de Gaulle, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958–1962, Wien/München/Zürich 1971, S. 237.

[30] McCormick, Every System, S. 206.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mente amerikanischer Europapolitik nach 1945: der Marshall-Plan[31]. Diese Initiative, in deren Rahmen die Vereinigten Staaten in den Jahren 1948 bis 1952 den Staaten Westeuropas insgesamt 14 Milliarden Dollar, hauptsächlich in Form von Warenlieferungen, zur Verfügung stellten, diente drei miteinander verflochtenen Interessenkomplexen der USA: Er stabilisierte die westeuropäischen Nachkriegsökonomien in einem Moment der Krise, stärkte damit Westeuropa insgesamt als den wichtigsten amerikanischen Handelspartner und richtete Handel und Industrie in Westeuropa eindeutig auf die westliche Hemisphäre aus; er trug, zweitens, durch die Überwindung der wirtschaftlichen Krise zur Festigung der freiheitlich-demokratischen politischen Ordnungen in den einzelnen westeuropäischen Staaten, die entstehende Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen, bei und immunisierte diese Staaten damit, drittens, gegen sowjetische Expansions- und Durchdringungsversuche[32]. Ideologisch überwölbt wurde der Marshall-Plan durch die am 12. März 1947 verkündete Truman-Doktrin. Der Marshall-Plan war, wie Gunther Mai gezeigt hat, nicht Meilenstein auf dem amerikanischen Weg zu NATO und dauerhafter militärischer Präsenz in Europa, sondern er sollte vielmehr die Notwendigkeit des Militärpakts beseitigen, indem die Europäer ökonomisch und sozial in die Lage versetzt wurden, sich militärisch selbst zu verteidigen[33]. Noch 1948 favorisierte das State Department die Integration Europas als „Dritte Kraft": „(. . .) not merely the extension of US influence but a real European organization strong enough to say ‚no' both to the Soviet Union and to the United States, if our actions should seem so to require."[34] Der Begriff der „Dritten Kraft", der nach 1958 in der Verwendung durch de Gaulle eine anti-amerikanische Konnotation erhalten sollte, verdeckte Ende der vierziger Jahre freilich die weitgehende europäisch-amerikanische Interessenidentität, die nicht ein Europa zwischen den Blöcken verlangte, sondern allenfalls ein zweites, westeuropäisches Kraftzentrum innerhalb des westlich-atlantischen Rahmens. Ein solches europäisches Kraftzentrum, das den USA auch Entlastung von ihren hegemonialen Bürden zu bringen versprach, konnte indes nur entstehen, wenn auch Deutschland oder wenigstens seine westlichen Zonen mit dem industriellen Herz an Rhein und Ruhr am europäischen Wiederaufbau teilhaben konnten. Washington wußte nicht nur um die Gefahr eines wirtschaftlich schwachen und politisch instabilen Staates im Zentrum Europas und damit im Brennpunkt des Kalten Krieges, sondern man erachtete

[31] Der sog. Dodge-Plan, in gewisser Weise der Marshall-Plan für Japan, hat erst seit etwas mehr als zehn Jahren stärkeres Interesse vor allem amerikanischer Wissenschaftler gefunden. Vgl. beispielsweise William S. Borden, The Pacific Alliance: United States Foreign Economic Policy and Japanese Trade Recovery, 1947–1955, Madison 1984; Michael Schaller, The American Occupation of Japan. The Origins of the Cold War in Asia, New York 1985.

[32] Vgl. Charles S. Maier, Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans, in: Othmar N. Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt a. M. 1986, S. 47–58, v. a. S. 47 und 53 f.

[33] Vgl. Gunther Mai, Dominanz oder Kooperation im Bündnis? Die Sicherheitspolitik der USA und der Verteidigungsbeitrag Europas 1945–1956, in: HZ 246 (1988), S. 327–364, hier S. 334 f.

[34] Foreign Relations of the United States (FRUS), 1948, Bd. III, S. 11 f.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch, wie in den zwanziger Jahren, den Wiederaufbau Deutschlands als unabdingbar für die Revitalisierung und Stabilisierung (West-)Europas: „The restoration of Europe involved the restoration of Germany. Without a revival of Germany's production there can be no revival of Europe's economy."[35] Weil dieses Ziel des Marshall-Plans, wie bereits erwähnt, mit alten und neuen Sicherheitsinteressen Frankreichs kollidierte, machten die USA die Gewährung der Marshall-Plan-Hilfe abhängig von Schritten zur europäischen Integration. Voraussetzung für die US-Wirtschaftshilfe war eine engere wirtschaftliche Kooperation in Westeuropa. Am 16. Juli 1947 konstituierte sich das Committee of European Economic Cooperation (CEEC), aus dem bald die OEEC hervorging. Zusammen mit der amerikanischen Economic Cooperation Administration (ECA) unter Paul Hoffman wickelte die OEEC nicht nur das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP) ab, sondern bemühte sich auch um den Abbau von Handelshindernissen, die Etablierung eines multilateralen Welthandelssystems und eine Harmonisierung des westlichen Währungs- und Zahlungssystems.

Die europäische Integration gehörte von Anfang an zu den Kernelementen des Marshall-Plans. Sie bot der amerikanischen Führung eine Methode, all ihre Ziele in bezug auf Europa gleichzeitig zu verfolgen. Die europäische Einigung würde die europäischen Demokratien gegen die Herausforderung des Kommunismus stärken; sie würde die Produktivität und die Stabilität der europäischen Wirtschaft erhöhen, amerikanische Exportmärkte vergrößern sowie ein wichtiger Schritt sein zur Errichtung eines liberalen Welthandelssystems; und sie würde schließlich dazu beitragen – und hier wurden am deutlichsten die Lehren aus der Zwischenkriegszeit gezogen –, die deutsch-französischen Spannungen zu überwinden und Deutschlands Wiederaufstieg mit den wirtschaftlichen und den Sicherheitsinteressen seiner Nachbarn zu versöhnen[36]. Ihre Hegemonialposition erlaubte es den USA nach 1945, mit dem Marshall-Plan in Europa einen „kreativen Frieden" (Michael Hogan) anzuvisieren und durchzusetzen, der vor allem durch die Förderung der europäischen Integration einen Rückfall in die Krisen der zwanziger Jahre verhinderte.

Sollte es den USA freilich nicht gelingen, eine dauerhafte Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes herbeizuführen, dann stand zwangsläufig der Erfolg des gesamten Integrationskonzepts auf dem Spiel. Dies galt umso mehr deswegen, weil Großbritannien sich auf Grund seiner Commonwealth-Bindungen und der *special relationship* weigerte, die Führungsrolle im europäischen Einigungsprozeß zu übernehmen, und sich Washington deshalb auf Paris statt auf London stützen mußte, um sein Europakonzept zu realisieren. Die ihm von Washington zuge-

[35] George C. Marshall, zit. nach McCormick, America's Half-Century, S. 80.

[36] Vgl. Michael J. Hogan, The Search for a „Creative Peace". The United States, European Unity and the Origins of the Marshall Plan, in: Diplomatic History 6 (1982), S. 267–285, hier S. 284f. Siehe hierzu auch Armin Rappaport, The United States and European Integration: The First Phase, in: Diplomatic History 5 (1981), S. 121–149; vgl. auch die wichtigen französischen Beiträge von Gérard Bossuat, La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954, 2 Bde., Paris 1992; ders., L'Europe occidentale à l'heure américaine. Le plan Marshall et l'unité européene, 1945–1952, Brüssel 1992.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiesene Rolle des europäischen Föderators söhnte Frankreich vergleichsweise rasch mit dem deutschen Wiederaufstieg aus. Das zeigte das von den USA erfolgreich unterstützte Projekt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)[37]. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) stand konzeptionell in der Kontinuität dieser Politik[38]. Ihr Scheitern in der französischen Nationalversammlung bedeutete deshalb, trotz der dann erfolgreich umgesetzten NATO-Alternative, einen Rückschlag für die amerikanische Politik[39]. Gerade weil aber Frankreich sich im NATO-Bündnis nun auf einen mit der Bundesrepublik gleichrangigen Status, noch dazu unter nunmehr direkter amerikanischer Führung, zurückgeworfen sah, gehörte Paris seit 1955 zu den treibenden Kräften der *Relance européenne*, die 1957 zum Abschluß der Römischen Verträge führte. Die Aussicht auf die kontinentaleuropäische Führungsrolle, welche die EGKS Frankreich in Aussicht gestellt, die NATO-Lösung von 1954/55 ihm jedoch verweigert hatte, lag in der Fortführung der westeuropäischen Integration, der sich auch Bonn, wenn auch aus ganz anderen Motiven, dezidiert anschloß. Washington nahm die Weiterführung des Konzepts der frühen fünfziger Jahre positiv auf, auch aus ökonomischen Gründen, ohne zunächst die antiamerikanischen Züge der *Relance* klar zu erkennen. Noch Mitte der fünfziger Jahre stützte Washington den weiteren Ausbau der europäischen Integration ganz im Sinne der Grundüberlegungen des Marshall-Plans, weil europäische Einigung und atlantische Allianz als politische Konzepte sich nicht zu widersprechen, sondern, im Gegenteil, zu ergänzen schienen. Dabei sah Washington, wie schon 1947, klar die Problematik, die ein sich weiter integrierendes, stärker und selbstbewußter werdendes Europa mittel- und langfristig für die hegemonialen Interessen der USA darstellen könnte. Wirtschaftlich bedeutete natürlich die fortschreitende Integration das Risiko einer „Festung Europa"; politisch bestand die Gefahr, daß ein starkes Europa sich dem amerikanischen Führungsanspruch zu entziehen versuchen und damit die Einheit der westlichen Welt unterlaufen könnte. Dennoch hielten die Vereinigten Staaten – nach sorgfältiger Kosten-Nutzen-Analyse[40] – an ihrer europapolitischen

[37] Hierzu John Gillingham, Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge 1991, v.a. S. 97–177.

[38] Vgl. hierzu vor allem: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik: 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2, Die EVG-Phase, München 1990.

[39] Vgl. Gunther Mai, Osthandel und Westintegration 1947–1957. Europa, die USA und die Entstehung einer hegemonialen Partnerschaft, in: Ludolf Herbst u.a. (Hrsg.), Vom Marshall-Plan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 203–225, hier S. 222.

[40] Eine Reihe von Grundsatzpapieren aus dem State Department oder dem Nationalen Sicherheitsrat zeigt die Kontinuität der europapolitischen Konzeption der USA für die Jahre 1955–1958: Vgl. National Archives, Washington, D.C. (NA), RG 59, Lot 66 D 70 (Policy Planning Staff), Box 64, Folder Europe 2, Memorandum Tyler (State Department, Western European Desk) an Fuller (Policy Planning Staff), 11.4. 1955; ebenda, Box 73, Folder Foreign Policy, Fuller (Policy Planning Staff), Concepts and Principles of Long-term US Foreign Policy, 16.10. 1956; NA, RG 59, Lot 66 D 487, Box 75, Folder Europe 1, Memorandum for the National Security Council, subject: European Economic Integration, 23.11. 1956; Dwight D. Eisenhower Presidential Libra-

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grundüberzeugung fest. Enge deutsch-französische Beziehungen blieben für die USA Voraussetzung und zentraler Bestandteil der europäischen Integration. Einer Integration freilich, die am Ende nicht eine „Europäisierung" Europas und dessen Loslösung aus dem transatlantischen Verbund mit den USA anstrebte, nicht das Ziel einer „Dritten Kraft Europa" zwischen den beiden Supermächten verfolgte, sondern durch Erhöhung des europäischen Kräftepotentials innerhalb der westlichen Gemeinschaft diese Gemeinschaft insgesamt zu stärken und umso mehr auf die USA auszurichten suchte. Gleichzeitig sollte das solchermaßen integrierte Europa die amerikanische Bündnisvormacht entlasten, ohne dabei freilich deren Hegemonialposition in Frage zu stellen oder zu schwächen. Im Kern war es den USA darum zu tun, einen geringeren ökonomischen Preis für ihre Hegemonie zu bezahlen, dabei aber den Aufstieg potentieller Hegemonialrivalen zu verhindern. Weil die Bundesrepublik Deutschland als europäischer Hegemon ausschied, blieben als mögliche Konkurrenten nur Großbritannien und Frankreich übrig. Während Großbritannien in der *special relationship* seit 1945 und verstärkt nach 1956 Teilhabe an der amerikanischen Hegemonie suchte, auch um seinen relativen Niedergang abzufedern[41], fand sich das Frankreich der IV. Republik mit einem Mittelmachtstatus ab, der allerdings in der französischen Rolle als Motor und Führer der Sechserintegration und in der Statusdifferenz gegenüber der aufsteigenden Mittelmacht Bundesrepublik zwei besondere Charakteristika hatte.

Diesen zwar hervorgehobenen, aber dennoch sekundären Rang war Charles de Gaulle nicht zu akzeptieren bereit. Weil er Frankreichs Rolle in der Führung eines Kontinentaleuropa sah, das frei war von amerikanischem Einfluß, erhielten unter ihm Begriffe wie „Europäisierung Europas" oder „Dritte Kraft Europa" eine neue Bedeutung[42]. Für de Gaulle hatte auch die europäische Integration anderen Zielen zu dienen. Sie hatte das weltpolitische Gewicht Europas gegenüber Sowjetunion und USA zu erhöhen, und sie hatte Frankreich auch die politische und ökonomische Basis seiner Großmachtpolitik an die Hand zu geben. Anderenfalls verlor sie in den Augen des Generals ihren Nutzen.

---

ry, Abilene/Kansas (DDEL), White House Office, NSC, Policy Papers Subseries, Box 22, Folder NSC 5721/1 – US Policy on France, 19.10. 1957; DDEL, White House Office, OSANSA, NSC Series, Policy Papers Subseries, Box 23, Folder NSC 5727 – US Policy Toward Germany, 13.12. 1957; DDEL, White House Office, OSANSA, NSC Series, Briefing Notes Subseries, Box 8, Folder Europe, US Policy toward, 1953–1959: Reassessment of US Policy Toward Europe, 18.4. 1958.

[41] Vgl. hierzu beispielsweise David Reynolds, Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century, London/New York 1991, v.a. S. 173–237.

[42] Zur Europakonzeption und zur Europapolitik de Gaulles vgl. ausführlicher Hans-Dieter Lucas, Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969), Bonn/Berlin 1992; zur Kontinuität der Europapolitik de Gaulles seit den 40er Jahren vgl. Wilfried Loth, De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: HZ 253 (1991), S. 629–660.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Als sich die Rückkehr de Gaulles an die Macht abzeichnete, setzten in Washington fieberhafte Überlegungen hinsichtlich der Zukunft der französisch-amerikanischen Beziehungen und der europäischen Integration ein. Obwohl man darüber spekulierte, daß der General die politische Bühne möglicherweise schon nach relativ kurzer Zeit wieder verlassen könnte, schien es nicht ausgeschlossen, daß der europäische Integrationsprozeß während der Amtszeit de Gaulles zum Stillstand kommen könnte[43]. Angesichts der notorisch anti-amerikanischen Haltung des Generals müsse sich Washington, was die Unterstützung der europäischen Einigung angehe, nun noch stärker zurückhalten als vorher und alle Initiativen den Europäern überlassen[44]. Allenfalls persönliche Diplomatie – hier dachte man an die Beziehungen zwischen den Generalen Eisenhower und de Gaulle aus dem Zweiten Weltkrieg – könnten die USA einsetzen[45]. An der grundsätzlichen Befürwortung der europäischen Integration durch die Vereinigten Staaten änderte sich jedoch nichts. Ganz im Gegenteil: „De Gaulle's coming to power does not change, but perhaps reinforce, basic reasons why United States has supported integration movements. (. . .) France's real position is as a leader of a united Europe, which can be a basis of strength within the Atlantic alliance, not in spending her limited resources in an attempt to maintain a worldwide ‚Great Power' position. (. . .) The idea of organic unity through common institutions was designed to deal with the danger of nationalistic challenge or an attempt to ‚reverse alliances' in either Germany or France. The challenge comes sooner than we hoped, but it must now be met."[46] Allerdings müsse Washington, stärker als bisher, seine Unterstützung der europäischen Integration höchst sensibel und indirekt über die fünf europäischen Partner Frankreichs betreiben: „Any evidence of strong and overt US support of this concept would only tend to confirm de Gaulle's suspicions that this is an American idea imposed on Western Europe."[47] Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen mußte in der Begegnung mit der Herausforderung de Gaulle der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle zuwachsen, denn zum einen waren enge deutsch-französische Beziehungen Voraussetzung für jede Form europäischer Integration, zum anderen konnte Washington davon ausgehen, in der Bundesrepublik einen loyalen Partner auch bei der Vertretung amerikanischer Interessen gegenüber Paris zu haben. Daß Washington

---

[43] Vgl. NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 2, Memorandum Elbricks (European Desk) an Dulles, Policy Considerations toward a de Gaulle Government, 27.5. 1958.

[44] Vgl. ebenda.

[45] Ebenda.

[46] NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 2, Memorandum on Implications of De Gaulle's Come to Power for European Integration and United States Policy, 27.5. 1958.

[47] Vgl. ebenda, sowie auch NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 1, French Situation, Brentano Talks, 5.6. 1958.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesaußenminister von Brentano bei seinem USA-Besuch Anfang Juni 1958 bezüglich der Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses optimistisch stimmte, sollte also nicht nur die verunsicherten Deutschen[48] beruhigen, sondern reflektierte auch das amerikanische Interesse an engen Beziehungen zwischen Bonn und Paris.

Ein Frankreich-Besuch von US-Außenminister Dulles im Juli 1958 führte in Washington nochmals zu einer Zusammenfassung der amerikanischen europa- und frankreichpolitischen Interessen und zur Festlegung der konkreten politischen Marschroute der USA. Einmal mehr verband sich dabei in der Begründung des amerikanischen Interesses an der europäischen Einigung das Argument von der Stärkung des Westens durch Stärkung Westeuropas mit dem von der Einbindung der Deutschen. Mochte de Gaulle Vorbehalte anbringen an dem Argument von der Stärkung des Westens, dem Verweis auf die deutsche Gefahr, so glaubte man in Washington, werde er sich kaum verschließen[49]. Auf der einen Seite sollte also der Faktor Deutschland angesichts der Amerikaskepsis de Gaulles eine zumindest partielle französisch-amerikanische Interessenidentität definieren helfen; auf der anderen sollte er dem General den entscheidenden Grund liefern, an der europäischen Integration und am Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen festzuhalten. Im französisch-amerikanischen Verhältnis gewann das deutsche Argument seit 1958 – stärker als vorher – sowohl strategische als auch taktische Bedeutung. Wie sehr Washington an guten deutsch-französischen Beziehungen auch unter de Gaulle interessiert war, verdeutlicht der amerikanische Anteil am Zustandekommen der ersten Begegnung zwischen de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer am 13. September 1958 in Colombey-les-deux-Eglises. Adenauer, den die politischen Veränderungen in Frankreich zutiefst beunruhigten, war zwar an einem raschen Zusammentreffen mit dem neuen französischen Regierungschef interessiert, zögerte aber, die Initiative zu einem Besuch in Frankreich zu ergreifen, und führte dafür protokollarische Gründe ins Feld. In einem Vier-Augen-Gespräch in Bonn entkräftete Dulles diese und drängte den Kanzler zu einem baldigen Treffen[50]. Die amerikanischen Analysen und die konkrete amerikanische Politik belegen, daß man sich in Washington im Frühsommer 1958 über die Tragweite des Wandels in Frankreich und die

[48] Vgl. hierzu beispielsweise: Günter Buchstab, Zwischen „Zauber und Donner". Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Wilfried Loth/Robert Picht (Hrsg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 95–107, hier S. 95 f. Zum deutschen Presseecho auf die Regierungsübernahme de Gaulles vgl. Paul Noack, Il est venu et reparti comme un étranger: Charles de Gaulle vu par les Allemands de l'Ouest entre 1958 et 1970, in: Institut Charles de Gaulle (Hrsg.), De Gaulle en son siècle. Actes des Journées internationales tenues à l'Unesco, Paris, 19–24 novembre 1990, 6 Bde., Paris 1992, hier: Bd. 5, S. 394–403, v. a. S. 394 f.

[49] NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 1, Secretary's Trip to Paris, July 3–6, 1958, European Integration (Position Paper), 26. 6. 1958.

[50] Dulles berichtete über sein Treffen mit Adenauer nach Washington: „I did not think that the Chancellor need feel that his own stature would in any wise be diminished if he went to see General de Gaulle. I thought there was a general disposition in world opinion to be critical of de Gaulle because of the great importance he attached to matters of protocol but that the Chancellor was considered to be above these things and, therefore, to be a truly great statesman." NA, RG 59, 611.62 A/7-2658, Memorandum Dulles on private talks with Adenauer, 26. 7. 1958.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit verbundenen politischen Probleme im klaren war. Zu keinem Zeitpunkt jedoch war die Beurteilung de Gaulles und seiner Rückkehr an die Macht ausschließlich negativ oder pessimistisch. Ohne sich über die Schwierigkeiten im Umgang mit dem General und in der Reaktion auf seine Politik hinwegzutäuschen, erkannte man in Washington auch die positiven Auswirkungen der Entwicklung in Frankreich. Den politischen Interessen der USA in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion konnte ein starkes Frankreich, wie es de Gaulle anstrebte, nur dienen: „We have great sympathy for de Gaulle's aims (. . .) not only because of our deep friendship for France, but also because reforms are essential if France is to maintain her position as a leader in creating greater strength and unity in Europe and the Atlantic Community."[51]

Die Begegnung zwischen Adenauer und de Gaulle in Colombey war eine Weichenstellung im deutsch-französischen Verhältnis. Sie hatte Auswirkungen über die Beziehungen Bonn – Paris hinaus auf den europäischen Integrationsprozeß und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. Nicht nur ließ die sofort spürbare gegenseitige Sympathie der beiden Staatsmänner Adenauers Unbehagen rasch schwinden, die Gespräche förderten auch in drei wichtigen Fragen – Ost- und Deutschlandpolitik, Europa und NATO – politische Affinität zutage[52]. De Gaulle freilich hatte nicht mit offenen Karten gespielt; bei allem Konsens wollte er die Bundesrepublik auch für seine Zwecke instrumentalisieren und ihr keineswegs den Status einer ebenbürtigen europäischen Macht zubilligen. Dies bewies sein Memorandum vom 17. September 1958, in dem er den USA und Großbritannien vorschlug, innerhalb der NATO ein weltpolitisches Dreierdirektorium zu etablieren[53]. Während sich Großbritannien dem französischen Vorstoß gegenüber aufgeschlossen zeigte[54], war die amerikanische Reaktion von Anfang an zurückhaltend. Eisenhower und Dulles wußten um die psychologischen Auswirkungen eines solchen Dreierdirektoriums insbesondere auf die Bundesrepublik, und die Antwort des amerikanischen Präsidenten an de Gaulle war darum auch distanziert und abweisend[55]. Auf der ande-

[51] NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 1, Secretary's Trip to Paris, July 3–6, 1958, European Integration (Position Paper), 26. 6. 1958.

[52] Zum Treffen von Colombey vgl. u. a. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 439–467; Pierre Maillard, De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn/Berlin 1991, S. 181–211.

[53] Memorandum der französischen Regierung vom 17. 9. 1958 an die britische und amerikanische Regierung, abgedruckt in: Maillard, De Gaulle und Deutschland, S. 386. Zur Entstehung des französischen Memorandums vgl. auch Maurice Vaïsse, Aux origines du mémorandum de septembre 1958, in: Relations internationales 58 (1989), S. 253–258.

[54] Vgl. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 459 f.

[55] In Eisenhowers Antwortschreiben vom 20. 10. 1958 hieß es: „We cannot afford to adopt any system which would give to our other allies, or other free world countries, the impression that basic decisions affecting their own vital interests are being made without their participation. As regards NATO itself, I must in all frankness say that I see very serious problems, both within and outside NATO, in any effort to amend the North Atlantic Treaty so as to extend its coverage beyond the areas presently covered." DDEL, Ann Whitman File, International Series, Box 12, Folder De Gaulle, June 1958–October 1958 (3), Brief Eisenhowers an de Gaulle, 20. 10. 1958.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren Seite konfrontierte die französische Initiative Washington mit einem von nun an zentralen Dilemma seiner Europapolitik: Es konnte auf eine französische Forderung oder Initiative nicht eingehen, ohne Keile in die europäische und transatlantische Gemeinschaft insbesondere mit der Bundesrepublik zu treiben. Es konnte aber auf der anderen Seite das französische Vorgehen auch nicht ignorieren oder gar komplett zurückweisen, eben weil ein solchermaßen brüskiertes Frankreich möglicherweise der den USA so wichtigen europäischen Integration seine Unterstützung und Beteiligung verweigert hätte[56]. Als de Gaulle erkennen mußte, daß Washington der französischen Initiative nicht folgen würde – die von Washington angebotenen informellen Botschafterbesprechungen reichten ihm nicht aus –, bemühte er sich um Schadensbegrenzung in Bonn[57], denn nach der amerikanischen Absage war für Paris der Gleichklang mit der Bundesrepublik noch wichtiger geworden. Am Tag nach dem deutsch-französischen Gipfel in Bad Kreuznach ging in den westlichen Hauptstädten Chruschtschows Berlin-Ultimatum ein. Damit standen nicht nur die deutsch-französischen Beziehungen selbst vor einer ersten Bewährungsprobe, sondern auch für die amerikanische Europapolitik hatte die Berlin-Krise zentrale Bedeutung.

De Gaulle bot die Krise eine dreifache politische Chance: Die Verhandlungen zwischen den drei Westmächten zur Koordinierung der westlichen Reaktion auf die sowjetische Bedrohung etablierten gleichsam durch die Hintertür das von de Gaulle im September 1958 vorgeschlagene Dreierdirektorium. Der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westlichen Entscheidungsprozesse stimmte der General nur punktuell zu und hielt statt dessen konsequent am *Three-Powers-First*-Prinzip fest. Zum zweiten, eng damit zusammenhängend, bot die Krise um Berlin den Franzosen die Gelegenheit, ihren Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs zu unterstreichen und damit gleichzeitig die Höherrangigkeit insbesondere gegenüber der Bundesrepublik zu betonen. Zum dritten jedoch bildete die Berlin-Krise den weltpolitischen Hintergrund für ein deutsch-französisches Quid pro quo mit Auswirkungen auf die Politik der europäischen Integration. Schon in der Phase der *Relance européenne* hatte Großbritannien deutlich gemacht, sich am supranationalen Einigungsprozeß, der dann zu den Römischen Verträgen führte, nicht beteiligen zu wollen. Statt dessen entstand in London das Konzept einer europäischen Freihandelszone zur Assoziierung Englands an den entstehenden Gemeinsamen Markt. Dieses Konzept fand auch die Unterstützung der USA, ja für eine Weile glaubte Washington sogar, daß nach der Regierungsübernahme de Gaulles die Zukunft der europäischen Einigung eher im Ausbau des multilateralen FTA-Konzepts liegen würde als im supranationalen Ansatz der Römischen Verträge[58]. Die französische Politik jedoch hielt fest am

[56] NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 2, Department of State, Elbrick (European Desk) an Secretary, 16.10. 1958.

[57] Vgl. hierzu Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 462.

[58] Vgl. beispielsweise NA, RG 59, Lot 61 D 30, Office of Western European Affairs, Records Relating to France, Box 2, Elbrick (European Desk) an Dulles, Policy Considerations toward a de Gaulle Government, 27.5. 1958.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa der Sechs und sprach sich sowohl gegen einen britischen EWG-Beitritt aus wie auch gegen die zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlichere Assoziierung zwischen EWG und der britisch geführten FTA. Bundeskanzler Adenauer, der sich in Colombey bezüglich des sogenannten Brücken-Konzepts, der Assoziierung von EWG und FTA, noch nicht festgelegt hatte, sah sich im Winter 1958/59 gezwungen, aus deutschlandpolitischen Motiven auf die französische Linie einzuschwenken. In dieser Situation erwies sich für London der nachgiebige Kurs in der Berlin- und Deutschlandpolitik als kontraproduktiv. Die britische Politik forcierte den deutsch-französischen Schulterschluß nicht nur in der Deutschland- und Berlinfrage, sondern eben auch was die Ablehnung der Freihandelszone betraf. Indes ist auch die These nicht von der Hand zu weisen, daß Adenauer den Konflikt zwischen London und Paris in der FTA-Frage akzeptierte aus dem Interesse heraus, damit die Formierung eines britisch-französisch-amerikanischen Dreierdirektoriums zumindest zu erschweren[59].

Für Washington waren Freihandelszone und britische EWG-Assoziierung niemals Ziele gewesen, denen die supranationale europäische Integration nachgeordnet war. Im Gesamtkonzept der US-Europapolitik erfüllten dies beiden Elemente eher eine ergänzende denn konstitutive Funktion. Deutlich wurde diese Prioritätensetzung in der amerikanischen Reaktion auf europapolitische Meinungsunterschiede zwischen Adenauer und seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Während Erhard schon vor dem Herbst 1958 wiederholt und dezidiert das französische Klein-Europa-Konzept als protektionistisch und den Interessen der Handelsnation Bundesrepublik abträglich kritisiert und statt dessen mit weltwirtschaftlichen und freihändlerischen Argumenten die Freihandelszone und die EWG-Assoziierung Großbritanniens befürwortet hatte, war Adenauer aus primär politischen Erwägungen Advokat der Fortsetzung des supranationalen Integrationsprozesses[60]. Dies galt erneut und verstärkt, wie gezeigt, für die Zeit nach dem Beginn der Berlin-Krise. Zwar setzten sich die USA immer wieder für weltweiten Freihandel und ein multilaterales Handelssystem ein. Im Zweifel jedoch und in der konkreten Situation der Berlin-Krise wurden nun auch in Washington die ökonomischen Argumente den politisch-strategischen untergeordnet. Erhard, der wenige Jahre später der Washingtoner Wunschkandidat für die Adenauer-Nachfolge sein sollte, wurde 1959 ob seiner Konzentration auf wirtschaftliche Ziele und der damit einhergehenden Vernachlässigung politischer Erfordernisse von US-Seite sehr skeptisch beurteilt[61]. War er der Mann, der die grundlegenden europapolitischen Interessen der USA erkannt hatte und sie gegebenenfalls in der Bun-

[59] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 102f.

[60] Zu Erhards Europapolitik vor und während seiner Kanzlerschaft überaus kritisch: Ulrich Lappenküper, „Ich bin doch wirklich ein guter Europäer". Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: Francia 18/3 (1991), S. 85–120.

[61] DDEL, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 6, Folder Germany – Vol. I (3), Memorandum for the President, subject: Request for Appointment for Minister Erhard, 1.6. 1959.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desrepublik mit zu realisieren helfen würde? In allen Äußerungen Erhards zu EWG und FTA fehle der Bezug zu den grundlegenden Zielen der europäischen Integration. Weder werde die sowjetische Bedrohung erwähnt und die Notwendigkeit, Europas Verteidigungsposition zu stärken; noch betrachte er die Sechsergemeinschaft als Instrument zur Entwicklung und zum Ausbau der deutsch-französischen Freundschaft; noch erkenne er die Bedeutung der Integration der Bundesrepublik in den Westen angesichts möglicher politischer Entwicklungen in Deutschland in der Zukunft oder auch im Zusammenhang mit dem Problem der europäischen Sicherheit[62]. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum im Frühsommer 1959, während der Bonner Präsidentschaftskrise, für Washington keinerlei Anlaß bestand, sich für einen Bundeskanzler Erhard einzusetzen, sondern in dessen Konkurrenz mit Franz Etzel strikte Neutralität zu bewahren. Dies war nicht nur diplomatische Zurückhaltung und Resultat einer Politik strikter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik, sondern mindestens ebenso sehr Konsequenz der europapolitischen Grundpositionen der Eisenhower-Administration.

Das Ende der diplomatischen Betriebsamkeit im Umfeld der Genfer Außenministerkonferenz gab der amerikanischen Botschaft in Bonn die Gelegenheit zu einer ausführlichen Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen 16 Monate nach der Regierungsübernahme de Gaulles. Diese Analyse reflektierte nicht nur einmal mehr die Einbettung des bilateralen deutsch-französischen Verhältnisses in den weiteren Kontext der europäischen Integration – „Within the framework of European economic integration and the Atlantic Community, the basis for Franco-German reconciliation was sound."[63] –, sondern entwickelte gleichzeitig auch Überlegungen hinsichtlich potentieller politischer Probleme, welche sich angesichts der Politik de Gaulles aus der deutsch-französischen Allianz für den Westen insgesamt und die USA insbesondere ergeben könnten. So optimistisch das amerikanische Urteil im September 1959 war, so sehr deutete sich in dem Dokument bereits die konfliktbeladene europapolitische Agenda der frühen sechziger Jahre an. Mußten nicht die politischen Ambitionen de Gaulles früher oder später mit den Interessen der USA kollidieren? Potentielle Reibungspunkte gab es genug – und alle tauchten sie in der Lageanalyse auf: die Politik der Europäisierung Europas, die Frage nach der Rolle Großbritanniens in Europa, die Zukunft der NATO, die wirtschaftliche Zweiteilung Westeuropas in EWG und EFTA[64] und vor allem der französische Führungsanspruch über Kontinentaleuropa. Washington würde zwar die französische Politik nicht verändern, im Zweifelsfall jedoch auf die politische Unterstützung durch Bonn bauen können: „Any strong United States efforts to oppose or to contain French ambitions which disrupt the NATO Alliance would probably receive sup-

[62] NA, RG 59, 762A.13/9-1059, US-Botschaft Bonn (Tasca, Minister for Economic Affairs) an Department of State, subject: Ludwig Erhard – A Profile, 10.9. 1959.

[63] NA, RG 59, 651.62A/9-1859, US-Botschaft Bonn an Department of State, subject: Franco-German Relations: A Current Assessment, 18.9. 1959.

[64] Die EFTA war am 4.1. 1960 in Stockholm gegründet worden. Sie trat am 3.5. 1960 in Kraft.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

port from the Federal Republic if she were pressed for such support."[65] Trotz dieser Zuversicht ging aus dem Papier der Bonner US-Botschaft klar hervor, daß, wie schon 1958 erwartet, die amerikanische Frankreichpolitik aufgrund des politischen Kurses de Gaulles vor schwierigen Herausforderungen stand.

Doch wie sollten die USA mit dieser Entwicklung umgehen? In welcher Art und Weise berührte die französische Politik langfristige außenpolitische Interessen der Vereinigten Staaten? Betroffen war hier beispielsweise der Fortgang der europäischen Integration. Der supranationale Integrationsansatz der Römischen Verträge zielte mittelfristig auch auf die Etablierung supranationaler politischer Strukturen. Dem widersprach die Europakonzeption de Gaulles, deren Zentrum die nationale Souveränität der einzelnen Staaten bildete. Früher oder später mußte es hier zu einem Zielkonflikt kommen. Das NSC-Grundsatzpapier NSC 5910/1 „*U. S. Policy on France*" vom 4. November 1959 plädierte klar für eine Fortsetzung der supranationalen Integration[66]. Sollte Paris dieses Gleis jedoch verlassen, dann gebot das übergreifende amerikanische Interesse an der Aufrechterhaltung und Stärkung des westlichen Zusammenhalts gegebenenfalls ein Einschwenken auf neue Formen der europäischen Kooperation. Eine solche Situation würde Washington jedoch vor eine schwierige Entscheidung stellen: „Because of France's importance to the Western alliance, it is imperative that we be as responsive as possible to French views. However, the crux of the problems lies in the extent to which we can actually meet de Gaulle's proposals without sacrificing more important interests in other realms."[67] Beides, gute deutsch-französische Beziehungen und die Fortführung der europäischen Einigung im Geiste der Römischen Verträge zählten ebenfalls zu den prinzipiellen Imperativen der amerikanischen Politik, die sich allerdings, so NSC 5910/1, im eigenen Interesse konkreter Vorstöße zu enthalten und sich auf die Unterstützung europäischer Initiativen zu beschränken habe[68]. Washington erkannte, daß es das mühsam errichtete Gebäude der europäischen Integration gefährden würde, wenn diese als Ziel und Ergebnis amerikanischer Politik erschiene. Dieses *Caveat* ihrer Europapolitik hatten die USA schon vor 1958 konstatiert. Die gaullistische Politik verlieh dieser taktischen Überlegung zentrale strategische Bedeutung.

War bis 1959 in amerikanischen Analysen von einer Abkehr der französischen Europapolitik vom Konzept der Supranationalität nur als Möglichkeit die Rede, so brachte das Jahr 1960 die tatsächliche Initiative de Gaulles in diese Richtung. Der amerikanisch-französische europapolitische Richtungsstreit nahm nun Konturen an. Zunächst, Ende Juni 1960 in Rambouillet, nur gegenüber Bundeskanzler Adenauer, später, im September, auch gegenüber den übrigen EWG-Regierungschefs präsentierte de Gaulle sein Europakonzept, das mit dem bisherigen, auch von den USA unterstützten, nichts mehr gemein hatte. Die Vorschläge des französischen Präsidenten zur

[65] NA, RG 59, 651.62 A/9-1859, S. 9.
[66] Vgl. NA, RG 273, NSC 5910/1, U.S. Policy on France, 4.11. 1959, S. 12.
[67] Ebenda, S. 10.
[68] Ebenda, S. 15.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Errichtung einer Europäischen Politischen Union (EPU) richteten sich massiv gegen die europapolitischen Maximen der USA, die, wie gezeigt, eindeutig die supranationale Integration in den drei Europäischen Gemeinschaften befürworteten. Mit dem EPU-Vorstoß wurde eine Entwicklung in Gang gebracht, die über die Fouchet-Pläne 1961/62 bis zum deutsch-französischen Vertrag 1963 führte. Washington nahm die Vorschläge de Gaulles sehr ernst. Es war signifikant, daß Präsident Eisenhower sich kurz vor einem Bonn-Besuch des französischen Ministerpräsidenten Debré und seines Außenministers Couve de Murville brieflich an den deutschen Bundeskanzler wandte, nicht nur, um diesem nochmals die amerikanische europapolitische Position darzulegen, sondern auch, um über Bonn Einfluß auf Paris zu nehmen, das sich in diesen Monaten den USA gegenüber immer mehr verschloß. Aus dem potentiellen europapolitischen Konflikt zwischen Paris und Washington war im Laufe des Jahres 1960 ein realer geworden[69].

Die Auseinandersetzung, die sich zwischen den USA und Frankreich anbahnte, bezog sich freilich nicht nur auf die europäische Integration. Die Frage der künftigen Strukturen der NATO speisten ihn mit weiterem Zündstoff. De Gaulles Streben nach der kontinentaleuropäischen Führungsrolle ließ die französische Kritik an der Dominanz der USA im westlichen Bündnis und der Unterordnung europäischer Interessen immer deutlicher werden. Nachdem Washington den französischen Vorschlag eines Dreierdirektoriums in der NATO abgelehnt hatte, auch um den wichtigen Bündnispartner Bundesrepublik nicht zu diskriminieren, suchte de Gaulle im Alleingang seinen Zielen näherzukommen. Die Explosion der ersten französischen Atombombe am 13. Februar 1960 in der Sahara unterstrich den französischen Anspruch auf Gleichrangigkeit mit den Atommächten USA und Großbritannien, gleichzeitig jedoch auch die Statusdifferenz zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Explosion von Reggane gehörte zu den Voraussetzungen für die französischen europapolitischen Initiativen des Sommers 1960, weil sie den Führungsanspruch Frankreichs in der EPU unterstrich. Nicht nur für Paris war freilich die nukleare Frage ein zentraler außen- und bündnispolitischer Aspekt. Schon seit Mitte der fünfziger Jahre gab es diesseits und jenseits des Atlantiks Überlegungen, die Konsultation in der NATO zu intensivieren. Als seit dem Sputnik-Schock von 1957 mit dem Anwachsen des nuklearstrategischen Potentials der Sowjetunion europäische Zweifel an der nuklearen Garantie der USA laut wurden, die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Krieges nicht mehr ausgeschlossen wurde, da mehrten sich die europäischen Stimmen, welche nicht nur ein höheres Maß an politischer

[69] Vgl. NA, RG 273: National Security Council, Operations Coordinating Board Report on U.S. Policy on France (NSC 5910/1), 9.11. 1960: „De Gaulle's objective is closer consultation and cooperation among the Six, but without supranational aspects. He objects particularly to any assumption of a political role by the Brussels and Luxembourg Communities and apparently would wish to see them deal only with technical economic matters. The U.S., on the other hand, has pointed out that it is interested in seeing that the objectives of the Rome Treaties are pursued and are not diverted by transferring the political vitality and potential of the Community framework to a separate and less dynamic institutional structure."

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konsultation forderten, sondern darüber hinaus Teilhabe und Mitsprache im nuklearen Bereich[70]. Spätestens seit 1960 war der bündnispolitische Konfliktstoff absehbar, der sich aus den europäischen Partizipationsforderungen und den amerikanischen Bemühungen um Zentralisierung nuklearer Entscheidungen ergeben mußte. So staute sich in den amerikanisch-europäischen und speziell den amerikanisch-französischen Beziehungen am Ende der fünfziger Jahre im Bereich der Integrations-, der Bündnis- und Sicherheits- sowie der Handelspolitik ein beträchtliches Konfliktpotential auf, das bereits alle Elemente der späteren Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und den USA enthielt. Daß es nicht schon 1960 zu ernsteren Streitigkeiten kam, lag auch an der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Eisenhower-Administration im Zeichen des Präsidentschaftswahlkampfs. Es ist jedoch bezeichnend, daß eines der letzten politischen Grundsatzpapiere der republikanischen Regierung – NSC 6017, *„NATO in the 1960s"* – eine Reihe von amerikanischen politischen Zielen formulierte, die sich nur wenige Monate später auf der außenpolitischen Agenda der Kennedy-Administration wiederfanden. Dazu gehörte der Ausbau der NATO über ihre sicherheitspolitische Funktion hinaus zu einer Atlantischen Gemeinschaft, der weitere Abbau von Handelsschranken und die Lösung der Frage nuklearer Partizipation[71]. Der Übergang von Eisenhower zu Kennedy war alles in allem weniger abrupt als häufig behauptet. Insbesondere fand ein europapolitischer Richtungswechsel nicht statt, konnte nicht stattfinden, weil sich die politische Agenda der neuen Administration von der des letzten Jahres der alten nicht unterschied.

V.

Mit einem Vorsprung von nur knapp 100000 Stimmen wurde am 8. November 1960 der 43-jährige demokratische Senator aus Massachusetts John F. Kennedy zum 35. Präsidenten der USA gewählt. Blickt man über das Kabinett hinaus auf den Kreis seiner außenpolitischen Berater, so kann man gerade auf dem Gebiet der Europa- und Deutschlandpolitik zwei unterschiedliche Richtungen ausmachen. Truman-Demokraten wie Dean Acheson, Robert Lovett, David Bruce oder John McCloy standen klar in der Kontinuität amerikanischer Europa- und Deutschlandpolitik nach 1945/47. Für sie hatten die Aufrechterhaltung enger Verbindungen zu den Staaten Westeuropas, darunter insbesondere zur Bundesrepublik, die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen und die Fortführung der nordatlantischen Verteidigungsallianz zum Schutz Westeuropas oberste politische Priorität. Ihrem Interesse an der weltpolitischen Stärkung Westeuropas entsprach auch ihr fortwährendes Engagement für die europäische Integration, für die sie nach wie vor den USA die Rolle des Föderators zuwiesen. Hinter diesem Engagement standen neben fundamentalen, wert- und

[70] Hierzu jüngst Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993, v.a. S. 31–44.

[71] NA, RG 273, NSC 6017, NATO in the 1960s, 8. 11. 1960.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschichtsorientierten Überzeugungen auch klare ökonomische und strategische Kosten-Nutzen-Erwägungen, die allesamt auf die Erhaltung einer hegemonialen transatlantischen Partnerschaft zielten. Für die liberal-progressiven Demokraten, vielfach den *Ivy-League*-Universitäten der amerikanischen Ostküste entstammend, war demgegenüber Europa nur ein Fokus unter mehreren anderen in der US-Außenpolitik. Viele von ihnen betrachteten den europäischen Wiederaufbau, die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft und die europäische Integration als einen in den fünfziger Jahren mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und den Römischen Verträgen abgeschlossenen Prozeß und identifizierten für die sechziger Jahre neue, nach ihrem Dafürhalten wichtigere außenpolitische Herausforderungen. Männer wie Chester Bowles, Adlai Stevenson oder John Kenneth Galbraith setzten sich ein für ein stärkeres Engagement der USA in der „Dritten Welt", für einen Ausbau der Entwicklungshilfe und für ein deutliches Bekenntnis Washingtons zur Dekolonialisierung. Daneben, doch stark beeinflußt durch die Überzeugung von der globalen, vor allem entwicklungspolitischen Verantwortung der Supermächte, befürworteten sie den weltweiten Dialog und die Entspannung mit der Sowjetunion, die nicht mehr nur als globaler Gegner der USA, sondern auch als potentieller globaler Partner betrachtet wurde. In der Europapolitik, die ja bis dato auch stark von der kommunistischen Bedrohung und der aggressiven Außenpolitik Moskaus geprägt worden war, sollten die beiden Denkschulen aufeinandertreffen. Konkret stand dabei die grundsätzliche Frage im Mittelpunkt, ob Washington in einen weltweiten politischen Dialog mit Moskau eintreten sollte, gegebenenfalls auch unter Hintanstellung europapolitischer Ziele und unter Inkaufnahme von Differenzen mit den europäischen Verbündeten[72].

Der neue Präsident selbst hatte sich vor 1960 nur selten zu außenpolitischen Fragen geäußert. Über ein klares außenpolitisches Profil, mit dem man ihn einer der beiden Denkschulen hätte zuordnen können, verfügte er nicht. 1957 hatte er sich in einem Aufsatz für die Zeitschrift *„Foreign Affairs"* auch mit der Europapolitik beschäftigt. Kennedy behandelte die europäische Integration mit Sympathie und genereller Zustimmung, warnte allerdings davor, die Kristallisation neuer europäischer Machtstrukturen als uneingeschränkt im amerikanischen Interesse liegend zu bewerten. Die europäische Integration sei nicht darauf gerichtet, den alten Kontinent vollends nach amerikanischem Vorbild und unter amerikanischer Obhut zu gestalten. Sie ziele im Gegenteil auch darauf ab, Distanz und größere Unabhängigkeit Europas von den USA zu schaffen. Der Verfasser resümierte: „It is time for the United States as well as Great Britain to realize that activation of the European Common Market and its companion agreements may well set in motion forces running counter to

[72] Diese „unterschiedliche[n] Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung", vor allem in ihren Auswirkungen für die Deutschlandpolitik, macht Adrian Schertz zum roten Faden seiner Studie über die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons; Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln/Weimar/Wien 1992.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

our present pattern of alliances and relationships with Europe."[73] Wie die Eisenhower-Administration zog allerdings auch Kennedy trotz der von ihm beschriebenen potentiellen Gefahren nicht den politischen Schluß, die amerikanische Ermutigung und Förderung der europäischen Integration zu beenden. Auch für ihn lag offensichtlich die Fortsetzung des Einigungsprozesses im wohlverstandenen langfristigen amerikanischen Interesse. Indes, die ökonomischen Probleme der USA, die Revision der amerikanischen Militärstrategie und die Ansätze einer neuen Politik gegenüber der Sowjetunion sollten das transatlantische Verhältnis schon bald schwer belasten und nicht ohne Auswirkungen auf die Politik Washingtons hinsichtlich der europäischen Integration und der deutsch-französischen Beziehungen bleiben. Die potentiellen Problembereiche hatte bereits im Dezember 1960 ein *Briefing Paper* für den gewählten Präsidenten skizziert. In der Europapolitik erkannten Kennedys Berater in de Gaulle das wichtigste politische Problem: „The most crucial political problem facing us in our relationship with our European allies is that of how to handle de Gaulle. It appears unlikely that he can either be appeased, or beaten down by frontal attack. The best strategy would seem to be to rebuild our relations with the British, Italians and others and bring the Germans around to cooperating with us in restricting de Gaulle's freedom to disrupt the Western coalition."[74] Doch während die Frage de Gaulle und auch die nach der Zukunft der NATO nicht unmittelbare politische Maßnahmen erforderlich zu machen schienen, verlangte die ökonomische Situation ein rasches und wirksames Handeln.

Die Eisenhower-Administration hatte der neuen Regierung eine alles andere als ausgeglichene Zahlungsbilanz hinterlassen[75]. Der starke Anstieg des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits, bedingt unter anderem durch sinkende Exporte und zunehmende Importe, führte 1958/59 erstmals zu einem Transfer größerer Mengen amerikanischen Goldes auf ausländische Konten, verbunden mit einem weiteren Ansteigen der ausländischen Dollarguthaben. 1960 nahmen zwar die Exporte wieder erheblich zu, doch flossen gleichzeitig große Dollarsummen insbesondere nach Europa, wo die boomende Wirtschaft für ein gutes Investitionsklima sorgte und kurzfristige Zinssätze günstiger waren als in den USA. Befürchtungen bezüglich der Entwick-

[73] John F. Kennedy, A Democrat Looks at Foreign Policy, in: Foreign Affairs 36 (1957), S. 44–53, hier S. 49.

[74] John F. Kennedy Presidential Library, Boston (JFKL), Gilpatric Papers, Box 8, Report of Senator Kennedy's National Security Policy Committee, December 1960, o. D.

[75] Vgl. den Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, über seine Amtszeit 1953–1961, Botschaft über die Lage der Nation *(State of Union Message)* an den amerikanischen Kongreß vom 12. 1. 1961, abgedruckt in: Europa Archiv (EA) 3/1961, S. D 74–87, bes. S. D 87. Während sich in den Jahren 1951 bis 1957 das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit auf durchschnittlich etwa 1 Mrd. Dollar pro Jahr belief, stieg dieses Defizit 1958 auf 3,5 Mrd. Dollar, 1959 auf 3,8 Mrd. Dollar. Im Vergleich hierzu wuchsen die Dollarguthaben anderer Staaten von 8,4 Mrd. Dollar 1950 auf fast 15 Mrd. Dollar 1957. Weil jedoch diese ausländischen Dollarguthaben entweder als solche stehen blieben oder allenfalls auf Dollar lautende Forderungen waren, bewirkte das amerikanische Dollardefizit zunächst keinen größeren Dollarabfluß aus den USA.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung des Dollarwerts verstärkten diesen Trend und verursachten zudem einen weiteren Abfluß amerikanischer Goldreserven[76]. 1960 belief sich das US-Zahlungsbilanzdefizit auf 3,9 Mrd. Dollar. Insbesondere erwies sich der Dollarabfluß aus den USA in Form von Dienstleistungen und vor allem Verteidigungsausgaben und Stationierungskosten in Europa, letztere in Höhe von etwa 3 Mrd. Dollar pro Jahr[77], als eine auf Dauer zu starke Belastung der US-Währung. Noch in den letzten Wochen seiner Amtszeit hatte Präsident Eisenhower Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz eingeleitet. Die Frage der Zahlungsbilanz nahm nun auch unter Kennedy einen Platz an der Spitze der europapolitischen Agenda ein. Sie war für die neue Administration nie nur eine Frage amerikanischer Außenwirtschaftspolitik oder eine bilaterale Angelegenheit zwischen Washington und Bonn oder Paris, sondern sie war Bestandteil, ja Ausgangspunkt und Determinante des europapolitischen Konzepts und Handelns der demokratischen Administration. Im wachsenden Zahlungsbilanzdefizit, dem steigenden Dollarabfluß nach Europa (und auch nach Japan) sowie dem sinkenden weltweiten, vor allem aber europäischen Vertrauen in den Dollar als Weltreservewährung erkannten Kennedys wirtschafts- und finanzpolitische Berater schon vor dem 20. Januar 1961 eine Gefährdung der amerikanischen Hegemonie über Europa und den Beginn eines wirtschaftlichen wie politischen Niedergangs der USA[78].

Hinter der Problematik des Zahlungsbilanzdefizits stand freilich ein schwieriges politisches Dilemma: Wollten die USA das Defizit reduzieren, auch um weiterhin weltweit als wirtschaftliche und finanzielle Führungsmacht anerkannt zu werden, mußten sie in erster Linie ihre Militärausgaben und Stationierungskosten einschränken. Genau diese aber hatten ganz wesentlich zum Aufbau und Ausbau der amerikanischen Hegemonialposition insbesondere in Europa beigetragen und sicherten deren Fortdauer[79]. Die „imperiale Last" auf den Schultern Amerikas ließ sich Anfang der sechziger Jahre angesichts der etablierten und fixierten Führungsrolle der USA, aber auch angesichts ökonomischer Notwendigkeiten nicht mehr vermindern, ohne daß *uno actu* die globale Rolle Amerikas und seine Wirtschaft Schaden genommen hätten[80]. Aus Hegemoniewillen war Hegemoniezwang geworden – und der kostete seinen Preis.

---

[76] Siehe hierzu: Programm zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz, Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 6.2. 1961, abgedruckt in: EA 8/1961, S. D 217–226, bes. S. D 218f.

[77] Vgl. ebenda, S. D 226.

[78] Zit. nach William S. Borden, Defending Hegemony: American Foreign Economic Policy, in: Thomas G. Paterson (Hrsg.), Kennedy's Quest for Victory. American Foreign Policy, 1961–1963, New York 1989, S. 57–85, hier S. 63. Vgl. auch Walt W. Rostow, The Diffusion of Power. An Essay in Recent History, New York 1972, S. 136–147.

[79] Vgl. Frank Costigliola, The Pursuit of Atlantic Community: Nuclear Arms, Dollars, and Berlin, in: Paterson, Kennedy's Quest, S. 24–56, hier S. 26.

[80] Den Begriff der *„imperial burden"* prägte der Kennedy-Kritiker David Calleo in seinem Buch The Imperious Economy, Cambridge, Mass., 1982; vgl. auch ders./Benjamin Rowland, America and the World Political Economy, Bloomington 1973.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 10./11. Februar 1961 hatte in Paris eine Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten stattgefunden, die nicht nur den Ausbau der wirtschaftlichen Bindungen zwischen den Sechs begrüßte und sich zu einer Verstärkung des Handels auch mit Großbritannien und den übrigen EFTA-Ländern bekannte, sondern die darüber hinaus ihrem Willen Ausdruck verlieh, „geeignete Mittel und Wege zu finden, um eine engere politische Zusammenarbeit zu organisieren"[81]. In Paris wurden die von de Gaulle erstmals 1960 in Rambouillet ventilierten Pläne zur Schaffung eines durch Regierungskonferenzen geführten „Europas der Vaterländer" einer Studienkommission unter der Leitung des französischen Diplomaten Christian Fouchet übergeben. Doch Washington wußte, daß die Europapolitik des französischen Präsidenten unter dem Deckmäntelchen des Ausbaus der europäischen Integration letzten Endes auf die Europäisierung Europas unter Pariser Führung zielte und darum eine eindeutig gegen die USA gerichtete Wendung hatte. Um so wichtiger war es, gerade gegenüber dem europäischen Schlüsselstaat Bundesrepublik Deutschland die amerikanische Position deutlich zu machen. Ein Besuch von Bundesaußenminister von Brentano in Washington nur wenige Tage nach dem EWG-Gipfel gab dazu die Gelegenheit. Die internen amerikanischen Arbeitspapiere lassen erkennen, daß Washington nach wie vor die europäische Integration begrüßte, immer allerdings als Instrument zur Stärkung von NATO und einer bisher nur vage definierten Atlantischen Gemeinschaft[82]. Die Befürwortung der Initiative de Gaulles zur Stärkung der Einheit Europas und damit auch der NATO konnte indes die Skepsis hinsichtlich des französischen Verstoßes nicht verbergen, insbesondere falls die Sechs nun planten, vom bisherigen Weg der Föderalisierung Europas abzuweichen: „We would of course look with some concern upon the divorce of any political mechanism ultimately established from the economic integration movement and the Community framework."[83] Washington wußte, wie rasch mangels eines ausreichenden Gegengewichts eine nicht mehr supranationale Europäische Gemeinschaft französischer Dominanz anheimfallen würde und damit immer weniger als zweite Säule einer amerikanisch geführten Atlantischen Gemeinschaft in Betracht käme. Die Frage nach der Gestalt dieser Atlantischen Gemeinschaft rückte in den ersten Monaten der Kennedy-Administration immer stärker in den Mittelpunkt der US-Außenpolitik. Deutlich wird dies beispielsweise im sogenannten *Acheson Report*, einem umfangreichen Grundsatzpapier mit dem Titel „*A Review of North Atlantic Problems for the Future*", das für die Errichtung eines „*Atlantic Commonwealth*" plädierte[84]. Acheson betrachtete – ganz in der Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre, die er als Außenminister Trumans maßgeblich mitgestaltet

[81] Kommuniqué über die Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten in Paris vom 11.2. 1961, abgedruckt in: EA 5/1961, S.D 128f.

[82] JFKL, POF, Countries, Box 117, Folder Germany – Security, 1/61–6/61, Talks with German Foreign Secretary von Brentano, Talking Points Paper, Europe of the Six, 16.2. 1961.

[83] Ebenda.

[84] JFKL, NSF, Box 220, A Review of North Atlantic Problems for the Future, März 1961.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte – ein wichtiges Ziel der USA als erreicht: „Franco-German solidarity has now become a basic tenet of both de Gaulle's and Adenauer's policy too."[85] Den Zielen der amerikanischen Nachkriegspolitik entsprach auch seine weitere Analyse: „An integrated European Community promises a strengthened Europe, with which the U.S. could work more closely than with separate weaker nations. Such a strengthened Europe is needed to meet the continued growth of Soviet power, against which the essentially national and loosely coordinated efforts of the past will no longer suffice."[86]

Die Gipfelbegegnung zwischen dem amerikanischen und dem französischen Präsidenten Ende Mai 1961 war für die außenpolitischen Instanzen in Washington, anknüpfend an entsprechende Papiere der Vorgängeradministration, Anlaß für eine Analyse der bilateralen Beziehungen wie der amerikanischen Europapolitik allgemein, aber auch, über eine Lagebeschreibung hinausgehend, für eine Definition von politischen Zielen. Ein Grundsatzpapier unterschied zunächst zwischen kurz- und langfristigen amerikanischen Zielen. Die kurzfristigen spiegelten den politischen Optimismus, aber auch das Selbstbewußtsein der neuen US-Regierung wider: „Short term objectives are: (1) to project into Europe the image of new and vigorous American leadership. (2) to leave the impression that the overwhelming importance of the common purpose and accomplishments of France and the U.S. far outweigh the relatively minor differences between the two countries."[87] Langfristig hingegen ging es den USA darum, Frankreichs Stärke wiederum der Allianz und der „gemeinsamen Sache" zuzuführen.[88] Daß amerikanische Frankreich- oder Europapolitik immer gleichzeitig auch Deutschlandpolitik war, hatte sich auch unter Kennedy nicht verändert. Dies wurde besonders deutlich an der amerikanischen Haltung gegenüber dem französischen Nuklearprogramm. Hier müsse es das Ziel der USA sein: „to so conduct ourselves regarding France's nuclear program as to prevent proliferation, especially across the Rhine."[89] Deutlicher als in den Jahren zuvor wird hier ein entscheidender Grund sichtbar, warum sich Washington so massiv weigerte, die französischen Nuklearambitionen zu unterstützen. Der Errichtung einer französischen Atommacht mußten nach Einschätzung der USA entsprechende deutsche Bestrebungen auf dem Fuß folgen[90]. Und an einer nationalen deutschen Atombewaffnung konnte Washington angesichts der ungelösten deutschen Frage und angesichts des amerikanischen politischen Imperativs der Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft keinerlei Interesse haben. Allenfalls an einem Partizipationsmodell im Rahmen der NATO und damit unter amerikanischer Kontrolle, wie es seit

[85] Ebenda, S. 24.
[86] Ebenda.
[87] NA, RG 218, JCS Files, France 1961, 9164/9700, Box 175, President's Visit to De Gaulle, Paris, May 31–June 2, 1961, Scope Paper, 15.5. 1961.
[88] Ebenda.
[89] Ebenda.
[90] Vgl. hierzu JFKL, NSF, Countries, Box 70–71, Folder France – General, 3/16/61–4/21/61, Memorandum, subject: A New Approach to France, 21.4. 1961.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1959/60 dies- und jenseits des Atlantiks verstärkt diskutiert worden war. Die verschiedenen Entwürfe nuklearer Partizipation mündeten 1962 in das MLF-Konzept, die sicherheitspolitisch-strategische Säule von Kennedys *Grand Design.*

1961 in Paris war es eines der wichtigsten amerikanischen Anliegen, den Fortgang der europäischen Integration, freilich ohne anti-amerikanische Wendung, zu sichern. Mit dem britischen und insbesondere dem deutschen Argument glaubte man in Washington de Gaulles Unterstützung für eine Fortführung des supranationalen Integrationsprozesses gewinnen zu können[91]. Washington wußte, daß ohne Frankreich die europäische Integration Fragment und bedeutungslos sein würde und daß sich damit eben nicht nur für Frankreich, sondern auch für die USA das deutsche Problem erneut stellen würde. Die partielle deutschlandbezogene amerikanisch-französische Interessenidentität war nicht zu übersehen: „(...) de Gaulle's support for European integration is likewise best means to avoid resurgent German nationalism."[92] Das Schlagwort „Europäisierung Europas" beherrschte die Gespräche zwischen Kennedy und de Gaulle über die europäische Integration[93]. Ganz im Sinne der amerikanischen Politik der späten fünfziger Jahre unterstrich Kennedy: „(...) while the Common Market would create economic problems for the United States, (...) it would greatly strengthen Europe, politically as well as economically, and that for this reason its advantages, even to America, far outweighed its drawbacks."[94] Deutlich machte Kennedy allerdings auch, daß für die USA der Beitritt Großbritanniens zur EWG, eben um Europa politisch und ökonomisch zu stärken, eine wichtige politische Priorität sei. So zeichneten sich bereits im Frühsommer 1961 die groben Konturen der europapolitischen Kontroverse zwischen Washington und Paris und dann auch Bonn der Jahre 1962 und danach ab. In ihrem Zentrum standen, wie gezeigt, das von Washington und London favorisierte Konzept einer Atlantischen Gemeinschaft mit einem politisch, wirtschaftlich und militärisch relativ starken, doch unter fortdauernder amerikanischer Dominanz stehenden europäischen Pfeiler einerseits und das von de Gaulle verfolgte Ziel der Europäisierung Europas, das die Errichtung einer staatenbündisch organisierten „Dritten Kraft Europa" vorsah.

Für eine gewisse Zeit stellte die Berlin-Krise die Geschlossenheit der westlichen Allianz wieder her, in deren Zentrum die erneute Anerkennung der amerikanischen Führung stand. Bonn und auch Paris wurde in den Monaten der Krise klar, wie eng die amerikanische Dominanz *gegenüber* Europa und der amerikanische Schutz *für*

---

[91] NA, RG 218, JCS Files, France 1961, 9164/9700, Box 175, President's Visit to de Gaulle, Scope Paper, 15.5. 1961: „(...) it would be wise to point out our belief that the U.K.'s future is in Europe – and we have indicated so to Macmillan – and that burgeoning German strength could go the narrow, nationalistic path again if the European goal is lost."

[92] JFKL, POF, Countries, Box 116A, Folder France – Security 1961 (A), President's Visit to De Gaulle, Paris, May 31–June 2, 1961, Talking Points (Summary of Scope Paper), 27.5. 1961.

[93] Zu den Pariser Gesprächen vgl. ausführlich Arthur M. Schlesinger, A Thousand Days: John F. Kennedy in the White House, Boston 1965, S. 293–300.

[94] Ebenda, S. 299.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa – klassischer Beleg für ein hegemoniales Verhältnis – miteinander verflochten waren und wie deutlich auch Washington ein Junktim zwischen dem einen und dem anderen herstellte. Auf der anderen Seite jedoch übertrugen sich die europa- und bündnispolitischen Differenzen insbesondere zwischen den USA und Frankreich auch auf die Berlin-Politik. Sie traten zutage bei der Suche des Westens nach geeigneten Reaktionen auf das östliche Vorgehen in Berlin und bei dem von Washington – und auch London – ausgehenden Bemühen um eine Lösung der Berlin-Frage im speziellen und eine ost-westliche Entspannung im allgemeinen. Es war das Dilemma der Bundesrepublik, daß sie auf amerikanischen Schutz – nicht nur in West-Berlin – angewiesen war und auch darum die Allianz mit den Vereinigten Staaten erhalten mußte, gleichzeitig aber in der Deutschland- und Ostpolitik wie auch in Fragen der Abrüstung eine andere Linie vertrat als die USA. Dieser Gegensatz trug zur Intensivierung des deutsch-französischen Verhältnisses bei, der aber keine volle Identität der politischen Interessen zugrunde lag, sondern erkennbar auch das Bestreben de Gaulles, für seine gegen Amerika gerichtete Politik einen Bundesgenossen zu finden. Der französische Staatspräsident verstand es geschickt, sich die Ängste, Sorgen und Vorbehalte der Bundesrepublik gegenüber der amerikanischen Politik für seine politischen Ziele nutzbar zu machen.

Auch amerikanischen Beobachtern war klar, daß eine Verschlechterung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses die Bundesrepublik dazu motivieren könnte, die französische Option – nicht nur vorübergehend – aufzugreifen. Doch trotz solch mahnender Stimmen – eines Henry Kissinger beispielsweise[95] – blieb das deutsch-amerikanische Verhältnis gespannt, ja verschlechterte sich im Frühjahr 1962 zunehmend. Paris indes unterstützte die deutsche Haltung in der Berlin- und Deutschland-Frage und lancierte just auf dem Höhepunkt des deutsch-amerikanischen Konflikts eine Einladung an Adenauer zu einem Staatsbesuch nach Frankreich. Diese traf auf einen über die USA enttäuschten und verbitterten Bundeskanzler, dessen Reaktion auf die amerikanische Politik de Gaulle nur willkommen sein konnte: „Unter Umständen müßten wir bereit sein, mit den Amerikanern einige Jahre in Spannung zu leben. Wir müßten mehr auf das deutsch-französische und das europäische Pferd setzen."[96] In Washington kursierten Gerüchte über eine entstehende deutsch-französische Achse. Kennedys Kommentar dazu gegenüber dem französischen Kulturminister André Malraux war deutlich: „If there was to be such an axis, the President would be glad to let it try to handle the Berlin affair."[97] Intern sprach der Präsident

[95] Kissinger argumentierte: „Progress in our NATO planning depends also to a considerable extent on the ability to keep the present psychological state in Germany. Any deterioration in this respect might induce the Germans to pick up their French option." Vgl. JFKL, NSF, Meetings and Memoranda, Box 320–321, Folder Staff Memoranda, Henry Kissinger, 2/13/62–2/28/62, Memorandum, Henry Kissinger, Summary of Conversations in Germany about Negotiations, 21.2. 1962.

[96] Zit. nach Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens . . .". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 111, 9.5. 1962.

[97] JFKL, NSF, Countries, Box 71A, Folder France – General, 5/10/62–5/11/62, Meeting in the Cabinet Room, Kennedy, Alphand, Malraux, Lebel, Bundy, 11.5. 1962.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine noch andere Sprache, der man anmerkt, daß er die Grundfesten der US-Europapolitik gefährdet sah: „If Europe were ever to be organized so as to leave us outside, from the point of view of these great issues of policy and defense, it would become most difficult for us to sustain our present guarantee against Soviet aggression. We shall not hesitate to make this point to the Germans if they show signs of accepting any idea of a Bonn-Paris axis. General de Gaulle really cannot have both our military presence and our diplomatic absence."[98] Doch Drohungen allein reichten nicht aus, um die französische Europa- und NATO-Politik zu konterkarieren, die Allianz zusammenzuhalten, ohne ihre Führung abzugeben, die Integration Europas zu unterstützen, ohne damit gegen langfristige amerikanische Eigeninteressen zu handeln, und sich die Bundesrepublik als loyalen Bündnispartner zu erhalten, ohne die Ansätze einer west-östlichen Entspannungspolitik aufzugeben. Die Schaffung eines politischen Gesamtkonzepts aus diesen so verschiedenen, zum Teil gegenläufig erscheinenden Zielsetzungen stand im Mittelpunkt der amerikanischen Außenpolitik insbesondere des Jahres 1962. Die Bündelung all dieser heterogenen außenpolitischen Interessen der USA mündete in Kennedys „*Grand Design of Atlantic Partnership*".

Das *Grand Design*, ein Begriff, den in unserem Kontext der amerikanische Publizist Joseph Kraft prägte[99], war der Versuch der Kennedy-Regierung, die amerikanisch-westeuropäischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen in einem Gesamtkonzept zu integrieren. Dabei ging es Washington nicht nur darum, der auf Europa zielenden Politik de Gaulles entgegenzuwirken, sondern auch langfristig der wirtschaftlichen und politischen Herausforderung des Gemeinsamen Marktes zu begegnen. Vor diesem Hintergrund verfolgte das *Grand Design* folgende, eng miteinander verbundene Nahziele: den EWG-Beitritt Großbritanniens, die Erhöhung amerikanischer Exporte durch Verminderung transatlantischer Zollschranken, eine stärkere Beteiligung der Europäer an den westlichen Verteidigungslasten und die Kanalisierung der europäischen Nuklearambitionen und -programme in einer multilateralen, amerikanisch kontrollierten Atomstreitmacht, der MLF[100]. Keines dieser Ziele war für sich genommen neu. Einzelne Punkte waren, wie ge-

[98] Ebenda, 5/16/62–5/18/62: Memorandum for William H. Brubeck, Executive Secretary, Department of State, 18.5.1962.

[99] Joseph Kraft, The Grand Design: From Common Market to Atlantic Partnership, New York 1962; vgl. auch Schlesinger, A Thousand Days, S. 702. Im europapolitischen Kontext wurde der Begriff „Grand Design" bereits 1957 verwandt, als der britische Staatsminister im Foreign Office, David Ormsby-Gore, in der Kennedy-Zeit Londons Botschafter in den USA, die Zusammenlegung aller parlamentarischen oder Vertreterversammlungen westeuropäischer oder transatlantischer Organisationen vorschlug, um die Entwicklung einer atlantischen Gemeinschaft zu fördern. Vgl. hierzu M. Margaret Ball, N.A.T.O. and the European Union Movement, London 1959, S. 409–412. 1960 sah eine „Grand Design" betitelte Denkschrift des britischen Premierministers Macmillan vor: „to call attention to the need to organize the great forces of the Free World – U.S.A., Britain and Europe – economically, politically and militarily in a coherent effort to withstand the Communist tide all over the world." Vgl. Harold Macmillan, Memoirs (Bd. 5: Pointing the Way, 1959–1961), London 1972, S. 323–326.

[100] Vgl. Costigliola, The Pursuit of Atlantic Community, S. 27.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeigt, bereits auf der europapolitischen Agenda der Administration Eisenhower aufgetaucht, andere fügten sich von ihrer Intention her in die langfristige europapolitische Konzeption der USA seit der Zeit des Marshall-Plans. Neu war indessen die Bündelung all dieser Interessen in einem kohärenten und umfassenden politischen Programm, das die Schaffung einer Atlantischen Gemeinschaft anstrebte, eine konkret definierte Partnerschaft „zwischen der neuen, gegenwärtig in Europa entstehenden Union und der alten amerikanischen Union", wie sie John F. Kennedy in seiner Rede zum 4. Juli 1962 postulierte, in der er auch die Bereitschaft der USA zu einer „Erklärung der gegenseitigen Abhängigkeit" („Declaration of Interdependence") anbot[101].

Wirtschafts- und handelspolitisch war das *Grand Design* um den *Trade Expansion Act* (TEA) zentriert, den der amerikanische Kongreß im Herbst 1962 verabschiedete. 1962 lief der noch aus der Roosevelt-Zeit stammende *Reciprocal Trade Agreements Act*, seinerzeit Indiz für die Abkehr Washingtons vom ökonomischen Multilateralismus, aus, der dem Präsidenten das Recht zu bilateralen Zoll- und Handelsabkommen gab. Bereits 1960 hatte ein wirtschaftspolitisches Beratergremium des *President-Elect* Kennedy gefordert, das alte Gesetzeswerk durch ein den aktuellen Erfordernissen angemessenes Handelsausweitungsprogramm zu ersetzen. Für die Kennedy-Administration sprachen vor allem zwei Gründe für ein solches Programm: Zum einen stand der TEA völlig in der Kontinuität der prinzipiellen amerikanischen Freihandelspolitik und war der Versuch, den in Europa entstehenden Gemeinsamen Markt mit seinem gemeinsamen Außenzoll *(Common External Tariff – CXT)* in ein weltweites Freihandelssystem einzubinden. Zum anderen jedoch machte das stetig weiter wachsende US-Zahlungsbilanzdefizit die Erhöhung amerikanischer Exporte, insbesondere nach Europa, zur ökonomischen Notwendigkeit. Dem Präsidenten war klar, daß die USA ohne höhere Exportüberschüsse ihren weltweiten, vor allem militärischen Verpflichtungen bald nicht mehr würden nachkommen können: „If we cannot keep up our export surplus, we shall not have the dollar exchange with which to meet our overseas military commitments. (...) We must either do a good job of selling abroad or pull back."[102]

Über die ökonomische Dimension hinaus zielte der TEA auf den Beitritt Großbritanniens zur EWG, ja setzte diesen voraus[103]. Während das Gesetz dem Präsidenten generell die Möglichkeit einräumte, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Zollsen-

[101] Rede des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, anläßlich der Unabhängigkeitsfeier am 4. Juli 1962 in Philadelphia, abgedruckt in: EA 14/1962, S. D 373–376, hier S. 376.

[102] Zit. nach Frank Costigliola, The Failed Design: Kennedy, de Gaulle, and the Struggle for Europe, in: Diplomatic History 8 (1984), S. 227–251, hier S. 229.

[103] Vgl. hierzu George M. Taber, John F. Kennedy and a Uniting Europe: The Politics of Partnership, Brügge 1969, S. 61. Obwohl über 20 Jahre alt, kann Tabers Studie noch immer als eine der wenigen Arbeiten gelten, die sich mit der Frage nach der Politik der Kennedy-Administration hinsichtlich der europäischen Integration beschäftigten. Auch wenn Taber nur auf publizierte Quellen zurückgreift, halten seine Befunde und Einschätzungen größtenteils der Prüfung im Lichte neuer Quellen und Dokumente stand.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kungen von bis zu 50 Prozent vorzunehmen, enthielt es darüber hinaus „eine Sondervollmacht, die sich auf Verhandlungen mit der EWG erstreckt, um die Zölle für diejenigen Warengruppen zu senken oder abzuschaffen, bei denen der Anteil der Vereinigten Staaten und der EWG am Welthandel (...) 80 Prozent oder darüber betrug"[104]. Mit Ausnahme von Düsenflugzeugen und Margarine erreichte jedoch der Anteil von EWG und USA am Welthandel bei einer Vielzahl von Produkten nur dann 80 Prozent, wenn man Großbritannien bereits der EWG zurechnete[105]. Washington förderte, ja forcierte die britische EWG-Mitgliedschaft, weil London innerhalb der Europäischen Gemeinschaften das Gewicht der freihandelsorientierten Staaten erhöhen und damit Tendenzen zur Errichtung eines nach außen abgeschlossenen Binnenhandelsblocks entgegenwirken würde. Über diese ökonomischen Erwägungen hinaus sprach jedoch in Washingtoner Sicht auch ein gewichtiger politischer Grund für eine baldige englische Beteiligung am Prozeß der sich 1961/62 offenbar erneut dynamisierenden europäischen Integration. In den Worten Arthur Schlesingers: „London could offset the eccentricities of policy in Paris and Bonn."[106] George Ball betonte: „An enduring European edifice could never be built merely on a Franco-German rapprochement."[107] Hinter diesen Aussagen stand das amerikanische Interesse, via London nicht nur den europäischen Einigungsprozeß weiter im eigenen Sinne steuernd zu begleiten, sondern auch die französische Europapolitik zu konterkarieren, die in allen Politikfeldern die amerikanische Dominanz in Europa in Frage stellte und statt dessen auf ein unter französischer Führung stehendes Kontinentaleuropa hinarbeitete. Dieser Ambition de Gaulles konnte freilich nur dann Erfolg beschieden sein, wenn es ihm gelang, die Bundesrepublik auf die französische Seite zu ziehen. Dafür allerdings war die Situation im Jahre 1962 denkbar günstig. Der deutschen Enttäuschung über die USA, kulminierend in der tiefen Vertrauenskrise des April 1962, folgte der „Sommer der deutsch-französischen Freundschaft" (Hans-Peter Schwarz). Die Staatsbesuche Adenauers in Frankreich und de Gaulles in Deutschland setzten nicht nur symbolische Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung, sondern verschafften dem französischen Präsidenten in der Bundesrepublik eine Popularität, von der die bilaterale Politik zehren konnte. Als nämlich im Sommer 1962 alle Versuche zur Wiederbelebung des EPU-Projekts scheiterten, war Adenauer bereit, mit de Gaulle den Weg einer institutionalisierten bilateralen deutsch-französischen Zusammenarbeit zu gehen[108]. Von den Staatsbesuchen des Sommers 1962 führte eine Linie direkt zum deutsch-französischen Vertrag im Januar 1963. Die USA wa-

[104] Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 25.1. 1962 zum Außenhandelsprogramm, abgedruckt in: EA 7/1962, S.D 189–200, hier S.D 197.

[105] In einem Zeitzeugengespräch gab Außenminister Dean Rusk später zu Protokoll, der TEA sei eindeutig unter Vorwegnahme des britischen EWG-Beitritts konzipiert worden; vgl. JFKL, Oral History (OH) Dean Rusk, S.192.

[106] Schlesinger, A Thousand Days, S.705.

[107] George Ball, The Past Has Another Pattern, New York 1982, S.210.

[108] Vgl. hierzu Georges-Henri Soutou, Le général de Gaulle et le plan Fouchet, in: Institut Charles de Gaulle (Hrsg.), De Gaulle en son siècle, Bd.5, S.126–143, hier S.139.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren über den Gedanken eines solchen Vertrages informiert, und sie billigten dieses Vorgehen[109].

Die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses stieß in Washington, ganz in der Logik der langfristigen amerikanischen Europapolitik, zunächst auf eine positive, von Selbstsicherheit gekennzeichnete Bewertung. Dieser lag die Einschätzung zugrunde, daß die Bundesrepublik wegen ihrer sicherheitspolitischen Abhängigkeit die Allianz mit den USA nicht auf das Spiel setzen würde. So sehr der Bundeskanzler Advokat enger deutsch-französischer Beziehungen sei, so wenig werde er diesen Vorrang vor der deutsch-amerikanischen Partnerschaft einräumen[110]. Gegenüber Kennedy unterstrich Außenminister Rusk diese Bewertung der deutsch-französischen Beziehungen: „As long as we are not confronted with a closed French-German system (and there is at present no reason to assume that we are) we should welcome this development because intimate French-German relations are a *sine qua non* for greater European integration. General de Gaulle's spectacular visit to Germany has certainly been a great and lasting contribution to French-German reconciliation."[111] Noch deutlicher wurde Sicherheitsberater Bundy, diesmal allerdings gegenüber dem Bundeskanzler: „Während der nächsten 15 Jahre wird ohnehin keines dieser drei Länder (Großbritannien, Frankreich oder die Bundesrepublik; E. C.) die Führungsmacht in Europa sein, sondern das werden die USA sein."[112]

Woher rührte, angesichts der tiefen Enttäuschung Adenauers über die Politik Washingtons und angesichts der gegen die USA gerichteten Politik de Gaulles, diese Zuversicht Washingtons? Das Argument der Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA wurde bereits erwähnt. Doch darüber hinaus hielt Washington noch einen anderen Trumpf in der Hand, den es im Ringen um die Bundesrepublik gegen de Gaulle ausspielen zu können glaubte: die nukleare Karte, das Konzept der MLF. Nach der Kuba-Krise, aus der die USA gestärkt hervorgingen, rückte die MLF ins Zentrum der amerikanischen Europapolitik. Auch diese Initiative verfolgte letztlich keinen anderen Zweck als einerseits die Aufrechterhaltung der amerikanischen Hegemonie gegenüber einem sich weiter einigenden und stärker werdenden Westeuropa, andererseits die Kanalisierung eventueller westdeutscher nuklearer Ambitionen und damit die feste Einbindung der Bundesrepublik in das atlantische, amerikanisch dominierte Lager. Das MLF-Konzept lief freilich der französischen Politik diametral entgegen. Statt zur weltpolitischen Autonomie Europas beizutragen, verstärkte es in den Augen de Gaulles, der die amerikanischen Intentionen illusionslos interpretierte, die

[109] Zur Vorgeschichte des Elysée-Vertrags vgl. Hans-Peter Schwarz, Le président de Gaulle, le chancelier fédérale Adenauer et la genèse du traité de l'Elysée, in: Institut Charles de Gaulle (Hrsg.), De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 364–373.

[110] Vgl. JFKL, NSF, Countries, Box 75–81, Folder Germany – General, 8/3/62, Department of State, Research Memorandum, West Germany: Political and Economic Perspectives, 3. 8. 1962.

[111] JFKL, NSF, Countries, Box 71 A, Folder France – General, De Murville Talks, 10/9/62, Memorandum for the President, 8. 10. 1962 (Hervorhebung im Original).

[112] Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens", S. 148 (Tagebucheintrag vom 2. 10. 1962).

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abhängigkeit der europäischen Staaten von den USA, die Schwäche Europas in der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität.

Nach den britisch-amerikanischen Nuklearvereinbarungen von Nassau im Dezember 1962, deren europapolitisches Schadenspotential die USA klar erkannten, beeilte sich Washington, Frankreich ein der Abmachung mit London entsprechendes Angebot zu machen, und verließ damit sogar seine bisherige Linie, der *Force de Frappe* keine Unterstützung zuteil werden zu lassen[113]. Dennoch war de Gaulles Ablehnung vorherzusehen. Dahinter stand freilich ein viel schwerwiegenderes Argument: „Any arrangement which envisaged close linkage U.K.-Europe-U.S. would result in all involved becoming americanized. Couve not opposed U.S. but wants Europe maintain own individuality."[114] Gegenüber Paris hatte Washington geschickt die bilaterale Karte zu spielen versucht, auch um den Eindruck der Gleichrangigkeit Großbritanniens und Frankreichs zu erwecken. Gegenüber Bonn brachten die USA Anfang Januar das multilaterale MLF-Konzept ins Spiel[115]. Der doppelte Vorschlag – MLF und Exekutivmechanismus – spiegelte die Bedeutung wider, die Washington der nuklearen Frage sowie der Frage des Status der Bundesrepublik innerhalb des Westens beimaß, wenn es um die Zustimmung Bonns zur amerikanischen Europapolitik ging. Die Rechnung der amerikanischen Führung schien zunächst aufzugehen; die euphorische Zustimmung Adenauers zu den von Ball unterbreiteten Vorschlägen am 14. Januar 1963 mußte in den USA als ein politischer Erfolg gewertet werden[116]. Doch am gleichen Tag fuhr der französische Staatspräsident dem amerikanischen Präsidenten in die europapolitische Parade. De Gaulle lehnte auf einer seiner inszenierten Pressekonferenzen nicht nur öffentlich den Nassau-Vorschlag Kennedys ab, sondern auch die EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens. Statt dessen betonte er die nukleare Unabhängigkeit Frankreichs und die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als Kern der Einigung Europas[117]. Wohl arrangiert koinzidierte de Gaulles Pressekonferenz mit Kennedys Bericht zur Lage der Nation, in dem der US-Präsident nochmals den Konnex zwischen TEA und britischem EWG-Beitritt unterstrichen hatte[118]. Der 14. Januar 1963 bedeutete für die USA eine euro-

[113] Vgl. dazu den Entwurf eines weiteren Briefs an de Gaulle, den der US-Botschafter in Paris, Bohlen, Kennedy wenige Tage nach dem ursprünglichen Angebot vom 21.12. 1962 vorlegte; JFKL, POF, Countries, Box 116, Folder France – General, 1/63, From Ambassador Bohlen, o.D.

[114] So Couve de Murville gegenüber dem amerikanischen Botschaftsrat in Paris, Cecil Lyon; JFKL, NSF, Countries, Box 71A, Folder France – General, 12/18/62–12/26/62, Lyon (Paris) an Secretary of State, 24.12. 1962. Vgl. auch Hervé Alphand, L'étonnement d'être. Journal 1939–1973, Paris 1977, S. 389 (Tagebucheintrag vom 22.12. 1962).

[115] Vgl. JFKL, POF, Countries, Box 117, Folder Germany – Security, 1/63–3/63, Schreiben Kennedys an Adenauer, 12.1. 1963. Zur Geschichte der MLF ausführlich: Helga Haftendorn, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994, S. 112ff.

[116] Vgl. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons, S. 192f.

[117] Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Charles de Gaulle, vom 14.1. 1963, in Auszügen abgedruckt in: EA 4/1963, S. D 87–94.

[118] Vgl. Costigliola, The Failed Design, S. 250.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

papolitische Zäsur. Mit dem französischen Veto, dem bald die Einstellung der EWG-Beitrittsverhandlungen mit London folgen sollte, war dem TEA, der wirtschaftspolitischen Säule des *Grand Design*, der Boden entzogen. Auch im sicherheitspolitischen Bereich war Washington erfolglos geblieben. Das Beharren de Gaulles auf nuklearer Unabhängigkeit durchkreuzte das amerikanische Bemühen um nukleare Zentralisierung und Kontrolle in den integrierten, US-dominierten Strukturen der NATO. Was schließlich die von de Gaulle avisierte Institutionalisierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit betraf, so mußte eine solche Entwicklung letztlich das gesamte Konzept der *Atlantic Community*, die eigentliche Absicht des *Grand Design*, in Frage stellen. Der Abschluß des Elysée-Vertrags, des „Vertrags zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die deutsch-französische Zusammenarbeit", bestätigte das Scheitern des visionären *Grand Design* in seinen zentralen Punkten.

Entscheidend für die Überwindung der Krise der amerikanischen Europapolitik, welche de Gaulles Veto und der deutsch-französische Vertrag zweifellos bedeuteten, war zu einem guten Teil die maßvolle Reaktion Washingtons auf die Entwicklung in Europa. Eine Lageanalyse Kennedys vor dem Nationalen Sicherheitsrat am 22. Januar 1963, dem Tag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, strahlte nicht nur Gelassenheit aus, sondern konnte dem Vertrag sogar positive Aspekte abgewinnen: „Having been turned down by the U.S. and U.K. on the directorate (de Gaulles Direktoriumsvorschlag von 1958; E.C.), de Gaulle turned to Germany. This helps to keep Germany from looking to the Russians."[119] Gegenüber seinem Berater Arthur Schlesinger äußerte der Präsident: „From a strictly economic viewpoint, we have known all along that British membership in the Common Market would be bad for us, so we are now better off. On the political side, our chief object was to tie Germany more firmly into the structure of Western Europe. Now de Gaulle is doing that in his own way."[120] Zwar hätte ein britischer EWG-Beitritt Europa gestärkt, und die USA hätten diese Stärkung Europas auch gegen ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen befürwortet. Doch der Realpolitiker Kennedy fügte hinzu: „Wenn Frankreich Großbritannien ausschließt, ist das zwar auch ein Rückschlag für uns, ein noch viel größerer Rückschlag aber für das Vereinigte Königreich."[121] Im übrigen werde, so Kennedy, Washington auf bündnispolitischem Gebiet seinen Führungsanspruch weiter verfolgen und sich dabei vor allem der MLF-Initiative bedienen[122]. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien die Europäer nicht mehr so sehr auf die amerikanische Unterstützung angewiesen wie in früheren Jahren. Dies mache sie, so Kennedy, amerikanischem Einfluß weniger zugänglich[123]. Die Analyse des Präsidenten läßt erkennen, daß die visio-

[119] JFKL, NSF, Meetings and Memos, Box 314, Folder NSC Meetings, No. 508, 1/22/63, Remarks of President Kennedy to the National Security Council Meeting of January 22, 1963.

[120] Schlesinger, A Thousand Days, S. 727.

[121] JFKL, NSF, Meetings and Memos, Box 314, Folder NSC Meetings, No. 508, 1/22/63, Remarks of President Kennedy to the National Security Council Meeting of January 22, 1963.

[122] Ebenda.

[123] Ebenda.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

näre Zielsetzung amerikanischer Europapolitik im Zeichen des *Grand Design* nun einem realistischeren Ansatz wich. Einen radikalen europapolitischen Kurswechsel gab es nicht. Dafür hatten sich die europapolitischen Interessen der USA und die Washington zur Verfügung stehenden beschränkten Machtmittel zu wenig verändert. Dieser Situation entsprach die Bewertung des Elysée-Vertrags durch das Weiße Haus, die von der Prämisse ausging, daß mit diesem Vertrag das Ziel der von den USA seit Kriegsende betriebenen deutsch-französischen Aussöhnungspolitik erreicht sei[124]. Allein, Frankreich dürfe mit dem Vertrag nun nicht Zwietracht in der westlichen Allianz säen: „We value our close relations with France, as with other leading nations of the Free World. But neither we nor any other nation in NATO can afford to have our friendship used in a way that affects the legitimate interests of others. It remains to be seen whether this new arrangement will limit the ability of Germany to follow her own policy of close cooperation with other friends."[125]. Die zentrale Rolle der Bundesrepublik, die sich hier andeutete, bestimmte die Europapolitik Kennedys in den letzten Monaten seiner Amtszeit. Dabei waren die Wochen nach dem Elysée-Vertrag in Washington eine Zeit europapolitischen Nachdenkens, die nicht nur nach geeigneten unmittelbaren Reaktionen auf die aktuelle Situation suchte, sondern auch das amerikanisch-europäische Beziehungsgeflecht konzeptionell beleuchtete. Anfang Februar bat Präsident Kennedy den amerikanischen Botschafter in London, David Bruce, einen Mann mit langjähriger Europa- und – als ehemaliger Botschafter in Bonn – Deutschlanderfahrung, um eine Analyse der amerikanischen Europapolitik und die Entwicklung von europapolitischen Optionen für Washington[126].

Der *Bruce-Report* vom 9. Februar 1963 fügt sich ein in die Reihe zentraler europapolitischer Grundsatzaussagen amerikanischer Regierungen seit 1945. Dies wird deutlich beim Blick auf die von Bruce vorgenommene Zieldefinition der Europapolitik der USA. Seit dem Marshall-Plan habe diese zum einen das Ziel verfolgt, Europa ökonomisch und militärisch zu stärken und so gegen die kommunistische Gefahr zu immunisieren. Zum zweiten habe die Mobilisierung der europäischen Kräfte die Position des Westens insgesamt in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion stärken sollen. Dabei sei sich Washington bewußt gewesen, daß ein integriertes Europa diesem Erfordernis effektiver Rechnung tragen würde als ein Europa einzelner Staaten[127]. Zum dritten jedoch verwies Bruce auf die deutsche Dimension der europäischen Einigung und unterstrich noch 1963, ganz in der Kontinuität der amerikanischen Nachkriegspolitik, ein zentrales Motiv der Unterstützung der europäischen In-

[124] Vgl. JFKL, POF, Countries, Box 117, Folder Germany – General, 1/63–6/63, The White House, Possible Comment on Franco-German Treaty, 23. 1. 1963.

[125] Ebenda.

[126] Vgl. JFKL, POF, Special Correspondence, Box 28, Folder Bruce, David, Draft Instructions from the President to Ambassador Bruce, 4. 2. 1963.

[127] JFKL, NSF, Meetings and Memoranda, Box 314, Folder NSC Meetings, 1963, No. 510, 4/2/63, US Policy in Europe, 9. 2. 1963 (Bruce-Report), S. 2. Dort heißt es: „The US needs European resources to promote the defense, security, and trade of the free world. And it remains true that only a united Europe is likely to generate adequate resources."

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tegration: „European unity was also judged, from the early days of the Marshall Plan and NATO, the most effective framework within which to contain and provide a creative outlet for a West Germany which might be tempted to seek reunification with East Germany through bilateral arrangements with Moscow, or otherwise prove a disruptive element in the world power-balance."[128] Aus all diesen Gründen blieb für Botschafter Bruce die europäische Integration auch 1963 fundamentales amerikanisches Interesse[129]. Aus diesen drei Imperativen und angesichts der Bedeutung Europas für die Vereinigten Staaten ergab sich die zentrale Forderung des Memorandums: „(. . .) we must have a voice and play a stabilizing role in European affairs."[130] Kontinuität der konzeptionellen amerikanischen Europapolitik meinte allerdings nicht Fortsetzung des bisherigen konkreten europapolitischen Kurses. Denn diesem habe de Gaulle drei Hindernisse in den Weg gelegt: die Ablehnung des britischen EWG-Beitritts, die französische Weigerung, den Prozeß supranationaler Integration fortzusetzen, und seine Vorstellungen einer europäischen Ordnung und der transatlantischen Beziehungen[131]. Um dieser Politik zu begegnen, müsse Washington Europa stärker als bisher als gleichberechtigten Partner behandeln und den bisherigen Zustand von amerikanischer Dominanz und europäischer Abhängigkeit beenden[132]. Diesem Ziel könne insbesondere das MLF-Konzept dienstbar gemacht werden, das den Europäern nicht nur größere Nuklearpartizipation zugestehen werde, sondern auch Ausgangspunkt sein könne für ein höheres Maß an politischer Konsultation[133]. Darüber hinaus müsse Washington weiterhin alles tun, um den europäischen Einigungsprozeß zu fördern[134]. Was war das Ziel der amerikanischen Bemühungen? „The broad strategy outlined above is designed to frustrate de Gaulle's efforts to convince the Europeans that immediate Atlantic cooperation and progress towards European unity are mutually antithetical. This is the heart of his case to Europe."[135] Diese pragmatische Einschätzung bedeutete das Ende der visionären Ideen des *Grand Design,* in dem vielfach hehre Gedanken – wie der der *Atlantic Community* – konkrete politische Notwendigkeiten zur Fortentwicklung der europäisch-amerikanischen Beziehungen überlagert hatten. Die Tatsache, daß de Gaulle dem *Grand Design* sein *Grand Dessein* der französischen Europapolitik gegenüberstellte, führte in Washington zurück auf den Weg behutsamer Unterstützung der europäischen Integration bei gleichzeitigen konkreten Maßnahmen zur Entkräftung der Kritik des französischen Präsidenten an der amerikanischen Hegemonialpolitik. Das amerikanische Dominanzinteresse war geblieben, auf seine transatlantische Führungsrolle konnte Washington nicht verzichten. Bloß trug das Konzept des *Bruce-*

[128] Ebenda, S. 1.
[129] Ebenda, S. 2.
[130] Ebenda, S. 3.
[131] Ebenda.
[132] Ebenda, S. 4.
[133] Ebenda, S. 5.
[134] Ebenda.
[135] Ebenda, S. 6.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Report der gewachsenen Stärke und dem zunehmenden Selbstbewußtsein Westeuropas und seiner Staaten differenzierter Rechnung als das *Grand Design*.

Zwar war die europapolitische Herausforderung der USA 1962/63 eindeutig von Frankreich ausgegangen, doch ohne den Schulterschluß mit der Bundesrepublik mußte die französische Politik scheitern. Aus diesem Grund empfahl der *Bruce-Report* weder Maßnahmen gegen Frankreich noch einen übereilten Versuch zu einem französisch-amerikanischen Ausgleich[136]. Statt dessen identifizierte Bruce den geeigneten Ansatzpunkt für die amerikanische Politik in Bonn, denn für den Erfolg de Gaulles hatte die Bundesrepublik zentrale Bedeutung. Statt am Rhein Druck auszuüben, um die Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags zu verhindern, sollte Washington ihm durch behutsames Einwirken auf Bonn seine anti-amerikanische Spitze nehmen: „We should *not* make an attempt to prevent ratification of the Franco-German treaty. We should, on the other hand, make absolutely clear to Adenauer, his government, and Parliament that the stability of U.S.-German relations requires unambiguous German commitment, in words and deeds to: 1. NATO; 2. the multilateral force – rather than to national or Franco-German nuclear programs; and 3. British accession to the Common Market. Discreet support should be extended for a Bundestag Resolution to this effect, to accompany passage of the Treaty."[137] In der Tat zeichnete sich hier die Linie der amerikanischen Politik in den Monaten nach dem Januar 1963 ab. Angesichts der Haltung de Gaulles blieb Washington zur Durchsetzung seiner europapolitischen Interessen bis auf weiteres nur der Weg an Frankreich vorbei, der Weg insbesondere über Bonn, denn allein dort bestand die Chance, das anti-amerikanische Konzept des französischen Präsidenten aus den Angeln zu heben. Noch stärker als in den Jahren zuvor wurde die Bundesrepublik Deutschland 1963 Fokus und Hauptadressat der amerikanischen Europapolitik, deren Grundlage nun der am 14. März 1963 auch vom Nationalen Sicherheitsrat gebilligte *Bruce-Report* war.

Betrachtet man die Entwicklung des Jahres 1963, so schien die Rechnung des *Bruce-Reports* aufzugehen. Washingtons Europapolitik konzentrierte sich wie kaum jemals zuvor auf die Bundesrepublik. Als Ergebnis sanften amerikanischen Drucks, in der Folge vieler Gespräche zwischen amerikanischen und deutschen Politikern sowie parallel zu den MLF-Verhandlungen der Merchant-Mission[138] ratifizierte der Deutsche Bundestag im Frühjahr 1963 den deutsch-französischen Vertrag – mit seiner Präambel. In dieser bekannte sich die Bundesrepublik zur europäisch-amerikanischen Freundschaft, zur Nordatlantischen Allianz, zur Fortsetzung der supranationalen europäischen Integration unter Einbeziehung Großbritanniens und zum Abbau von europäisch-amerikanischen Handelsschranken[139]. Washington hatte es ver-

[136] Ebenda, S. 7.

[137] Ebenda, S. 9 (Hervorhebung im Original).

[138] Vgl. hierzu Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache, S. 121–139.

[139] Vgl. Gesetz vom 15. 6. 1963 zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. 1. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, abgedruckt in: EA 14/1963, S. D 347 f.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

standen, die Entstehung eines „geschlossenen deutsch-französischen Systems" (Rusk) zu verhindern und statt dessen dem Elysée-Vertrag die Funktion eines wichtigen Elements innerhalb der transatlantischen Beziehungen gegeben, die das Abkommen in französischen Augen wertlos machen mußte. Statt die europäische Rolle und Dominanz der USA zu konterkarieren, unterstrich die Präambel diese. Die europapolitischen Ambitionen de Gaulles waren damit durchkreuzt, und die Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen im Sommer 1963 konnte insofern nicht überraschen.

Mit dem Staatsbesuch John F. Kennedys in Deutschland im Juni 1963 machten die USA weiterhin verlorengegangenes europapolitisches Terrain wett. Bereits im Januar hatte Kennedy eine offene Einladung des Bundeskanzlers zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn angenommen[140]. Mit der Umwandlung dieser Visite in einen Staatsbesuch sowie der Art und Weise seiner Durchführung schlug der amerikanische Präsident den französischen mit dessen eigenen Waffen. Hatte sich de Gaulle 1962 zur Vorbereitung des deutsch-französischen Bilateralismus des Instruments symbolträchtiger Staatsbesuche bedient, so war Kennedys Aufenthalt in Deutschland ein Jahr später nichts anderes als die Anwendung dieses Politikmittels für amerikanische Zwecke. Nicht nur hinterließ der junge Präsident in der deutschen Bevölkerung den Eindruck dynamischer, kraftvoller amerikanischer Führung, sondern er stellte – insbesondere in Berlin[141] – das emotionale Band zwischen Deutschen und Amerikanern wieder her, das seit dem Mauerbau Schaden genommen hatte. De Gaulle hatte es 1962 versäumt, dem geteilten Berlin einen Besuch abzustatten. Kennedy aber erkannte, was der Franzose bewußt oder unbewußt ignoriert hatte: wie offen und brennend noch immer die Wunden waren, die die Teilung, augenfällig in Berlin, den Deutschen geschlagen hatte. Kennedys Rede in der Frankfurter Paulskirche vom 25. Juni 1963 kann europapolitisch als revidierte Form der „*Declaration of Interdependence*" vom 4. Juli 1962 in Philadelphia betrachtet werden. Sie entwickelte nicht mehr ein visionäres *Grand Design*, sondern formulierte europapolitische Ziele der USA im Sinne einer pragmatischen und interessenorientierten Atlantischen Partnerschaft. Die drei Elemente des *Grand Design* – Politik, Wirtschaft und Verteidigung – tauchten wieder auf. Kennedy rief zur Stärkung der NATO, zur Liberalisierung des Handels, zur Hilfe bei der Bewältigung des Zahlungsbilanzproblems der USA und zur Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses auf, welcher auch weiterhin die amerikanische Unterstützung finden werde[142]. Die Frankfurter Rede Kennedys führte die Fäden der amerikanischen Europapolitik erneut zusammen. Washing-

[140] Am 18. 1. 1963 ergangen, reagierte Kennedy auf Adenauers Einladung bereits am 19. 1. 1963 positiv; vgl. JFKL, Kennedy-Adenauer-Korrespondenz (deutsch), nicht eingeordnet, Schreiben Adenauers an Kennedy, 18. 1. 1963; sowie ebenda, Schreiben Kennedys an Adenauer, 19. 1. 1963.

[141] Vgl. hierzu Maillard, De Gaulle und Deutschland, S. 226 f.; Diethelm Prowe, „Ich bin ein Berliner". Kennedy, die Mauer und die „verteidigte Insel" West-Berlin im ausgehenden Kalten Krieg im Spiegel amerikanischer Akten, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart 1989, S. 143–167.

[142] Vgl. Rede des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, in der Frankfurter Paulskirche am 25. 6. 1963, abgedruckt in: EA 14/1963, S. D 352–359.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ton leitete, den Empfehlungen des *Bruce-Reports* folgend, eine neue Phase seiner Europapolitik ein, die keineswegs auf den amerikanischen Führungsanspruch verzichtete, ihn aber pragmatischer und die europäischen Interessen stärker ins Kalkül ziehend zu verfolgen suchte. Der Rückschlag des Januar 1963 war überwunden, de Gaulle mit der Präambel zum Elysée-Vertrag und mit dem Deutschlandbesuch Kennedys in seine Grenzen verwiesen.

Dem Triumph Kennedys in Deutschland war im Frühjahr 1963, in den Wochen, in denen auch die Präambel zum Elysée-Vertrag Gestalt annahm, ein weiterer Erfolg der USA vorausgegangen. Und wie mit der Präambel erzielte Washington einen allgemeinen europapolitischen Punktgewinn durch eine Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland: Am 23. April 1963 nominierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard zum Kandidaten für die Nachfolge Konrad Adenauers im Kanzleramt. Noch 1959, als er in den Wochen der Präsidentschaftskrise erstmals als Adenauer-Nachfolger diskutiert wurde, hatte Washington Erhard eher skeptisch beurteilt, seine außenpolitische Qualifikation in Zweifel gezogen und sein Bekenntnis zu einer weiteren, freihandelsorientierten europäischen Integration unter Einschluß Großbritanniens kritisiert. Nun, vier Jahre später, stellte sich die Situation für Washington anders dar. Angesichts einer europäischen Ordnung, wie sie de Gaulle intendierte und Adenauer zumindest akzeptierte, gewann Ludwig Erhards Kandidatur für die USA zentrale europapolitische Bedeutung. Erhard und mit ihm das sich in Bonn eben herausbildende Lager der „Atlantiker" innerhalb der Union vertrat im Bereich der transatlantischen Beziehungen und der Europapolitik just jene Positionen, die bereits der *Bruce-Report* skizziert hatte und die auch Eingang gefunden hatten in die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag. Erhard, Bundesaußenminister Gerhard Schröder und Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel standen 1963 für die europapolitische Konzeption der Kennedy-Administration, oder besser: Die Herausforderung de Gaulles hatte zu einer Modifizierung der amerikanischen Europapolitik geführt, welche nun – anders als 1959 – innerhalb der Union in Ludwig Erhard den geeignetsten deutschen Partner erkannte. Und gerade weil dieser sich 1963 als innerparteilicher Gegner Adenauers präsentierte, konnte er mit der Unterstützung Washingtons rechnen.

Das Jahr 1963 war so, nach dem Einschnitt im Januar, ein europapolitisch erfolgreiches Jahr für die USA. Ganz im Sinne des *Bruce-Reports* wurde dieser Erfolg in der Europapolitik primär in der Bundesrepublik bzw. in den deutsch-amerikanischen Beziehungen erzielt. Das deutsch-französische Verhältnis wurde nicht öffentlich demontiert, sondern es kühlte sich im Laufe des Jahres langsam ab. Freilich hatten die USA ihren Anteil daran. Im Herbst 1963 war nach dem Schock des Jahresanfangs das Selbstbewußtsein der US-Führung insbesondere durch die Rückkehr der Bundesrepublik in den amerikanisch-atlantischen Schoß wieder so weit gewachsen, daß die USA eine direkte Auseinandersetzung mit Frankreich wiederum für möglich hielten. Im September 1963 schienen Washington die Perspektiven der amerikanischen Europapolitik so positiv, daß ein selbstbewußter Kennedy General de Gaul-

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

le für das Frühjahr 1964 zu einem Besuch in die USA einladen konnte[143]. Doch zu dem Gipfel der Präsidenten sollte es nicht mehr kommen: Am 22. November 1963 wurde John F. Kennedy ermordet.

VI.

Die amerikanische Dominanz über Westeuropa war seit 1947 konzeptionell verbunden mit der europäischen Integration. Diese und in ihrem Kern die deutsch-französische Freundschaft sollten Europa stabilisieren und kräftigen, einen Rückfall in das Nationalstaatsdenken der Jahrzehnte vor 1945 verhindern und gleichzeitig die Staaten Westeuropas geschlossen auf die Hegemonialmacht USA orientieren. In der Zielsetzung der Hegemonie durch Integration verbanden sich europapolitische Interessen der USA, wie sie sich schon in den Zwischenkriegsjahren in der Wirtschafts- und Handelspolitik herausgebildet hatten, mit neuen machtpolitischen und strategischen Imperativen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Ein integriertes und starkes Westeuropa sollte die bipolaren Strukturen des Weltsystems nach 1945 nicht sprengen, sondern vielmehr innerhalb dieser Strukturen das westliche Lager unter Führung der Vereinigten Staaten stärken. Die Errichtung und Festigung der amerikanischen Hegemonie durch die Unterstützung des europäischen Wiederaufbaus und, damit einhergehend, der europäischen Integration kosteten die USA einen hohen Preis, insbesondere weil die amerikanische Führungsrolle an die militärische Präsenz in Europa gekoppelt war. Freilich erwarteten die USA von einem erstarkenden Europa eine Beteiligung an den Kosten dieser Präsenz, zumindest so lange, wie die Europäer die amerikanische Dominanz, die schützende amerikanische Hegemonie, als in ihrem eigenen Interesse liegend verstanden.

Die Entwicklungen der Jahre 1958 bis 1963 zeigen, wie stark das Konzept der Hegemonie durch Integration auf europäisch-amerikanischer Interessenidentität, auf der europäischen Akzeptanz des bipolaren Supermachtkondominiums und eben auch auf der relativen Schwäche Westeuropas beruhte. Sie zeigen auch, daß die Stärkung Westeuropas durch die Integration widersprüchliche Folgen hatte: Sie konnte einerseits mittel- und langfristig dazu beitragen, die amerikanischen Aufwendungen für Europa zu reduzieren, indem sie Westeuropa als zusätzliches Kraftzentrum des Westens zu errichten half; sie konnte aber andererseits auch zu einer Herausforderung der amerikanischen Hegemonie führen. Letzteres mußte insbesondere in dem Moment der Fall sein, in dem wachsende europäische Stärke und ein gestiegenes Selbstbewußtsein mit europäisch-amerikanischen Divergenzen, beispielsweise in Fragen der Ost-West-Politik, zusammenfielen. Zwischen 1958 und 1963 stieß die klare und direkte amerikanische Hegemonie gegenüber Westeuropa an ihre Grenzen. Die Politik de Gaulles war nicht die Ursache dieser Entwicklung, sondern allenfalls ihr Kata-

[143] Vgl. JFKL, POF, Countries, Box 116 A, Folder France – Security, 1962–1963, Department of State an Rusk (Paris), 25. 9. 1963.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lysator. Die französische Politik setzte Prozesse in Gang, die dem ambivalenten Konzept der Hegemonie durch Integration von Anfang an innewohnten. Die amerikanische Hegemonie über Westeuropa endete jedoch nicht mit dem Jahre 1963, zumal zum einen grundlegende ökonomische Interessen der USA – in der Kontinuität der zwanziger Jahre – unverändert blieben und zum anderen – trotz Détente – der Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt andauerte. Was sich seit etwa 1963 veränderte, waren die Methoden und Instrumentarien der amerikanischen Europapolitik. Diese zielte dennoch bis an die Schwelle der neunziger Jahre auf Hegemonie, auch wenn es sich nun um abgefederte, subtile, indirekte, ja konsensorientiertere Hegemonie handelte.

Jahrgang 43 (1995), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte